



HESSEN



# Bericht aus Brüssel

03/2021 vom 12.02.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	4
Außen- und Verteidigungspolitik.....	7
Europäisches Parlament.....	8
Ausschuss der Regionen.....	13
Wirtschaft.....	13
Verkehr.....	15
Energie.....	15
Digital.....	16
Forschung.....	19
Finanzdienstleistungen.....	20
Finanzen.....	22
Soziales.....	24
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	24
Umwelt.....	25
Landwirtschaft.....	28
Justiz.....	30
Inneres.....	30
Information, Kommunikation und Medien.....	32
EU-Förderprogramme.....	32
Veranstaltungen.....	33
Vorschau.....	34

### **Kommission; Gemeinsame Forschungsstelle legt Bericht zur Demografie in Europa vor**

Die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission hat am 11.02.2021 einen neuen Bericht über demographische Unterschiede in der EU veröffentlicht. Dabei wird ein neuer Ansatz verfolgt, der über die traditionelle Analyse auf Länderebene hinausgeht. Untersucht wird der demographische Wandel bis hin zu den einzelnen Stadtvierteln im Detail. Dabei wird aufgezeigt, wie unterschiedlich der Alterungsprozess der Bevölkerung an einzelnen Orten ist. Zudem kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass die Kluft zwischen den Regionen mit Bevölkerungswachstum und den Regionen mit einem Bevölkerungsrückgang in den kommenden Jahrzehnten noch größer werden wird. Ferner zeigt der Bericht auf, dass Abwanderung junger Menschen aufgrund von Arbeit oder eines Studiums einen großen Einfluss auf den demografischen Wandel hat. Die Kohäsionspolitik der EU und die auf die Regionen ausgerichtete Innovationspolitik könnten dazu beitragen, territoriale Ungleichgewichte auszugleichen, indem sie Dienstleistungen und wirtschaftliche Möglichkeiten bereitstellen, so dass Gebiete mit derzeit wenig Bevölkerung zu attraktiveren Orten zum Leben werden. Insgesamt legt der Bericht Erkenntnisse vor, die nötig sind, um den demografischen Wandel in Europa besser zu verstehen und die Politik auf die neuen Realitäten vor Ort und auf die Vielfalt der regionalen Dynamik abzustimmen.

<https://ec.europa.eu/jrc/en/publication/eur-scientific-and-technical-research-reports/demographic-landscape-eu-territories>

### **Kommission; Grünbuch und Konsultation zum Thema Altern veröffentlicht**

Die Kommission hat am 27.01.2021 ein Grünbuch vorgelegt, mit dem sie über die Herausforderungen sowie Chancen einer alternden Gesellschaft in Europa eine breite politische Debatte anstoßen möchte. Darin werden die Auswirkungen des demografischen Trends auf Wirtschaft und Gesellschaft dargelegt. Das Grünbuch stecke den Rahmen für die Debatte über die Bevölkerungsalterung ab, indem es die Geschwindigkeit und das Ausmaß des demografischen Wandels in der Gesellschaft sowie die zugehörigen Auswirkungen für die Politik darlege. Von der Förderung einer gesunden Lebensführung und des lebenslangen Lernens bis hin zur Stärkung der Gesundheits- und Pflegesysteme für ältere Menschen sind die Aspekte, die fokussiert werden. Im Papier wird die Notwendigkeit dargelegt, mehr Menschen in die Erwerbsbevölkerung einzugliedern. Dafür werden Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen aufgezeigt. Ebenfalls wird auf die Auswirkungen der Alterung auf die Berufslaufbahn, das Wohlergehen, die Renten, den Sozialschutz sowie Produktivität eingegangen. In dem Grünbuch wird ein Lebensverlaufsansatz verfolgt, der die universellen Auswirkungen des Alterns auf alle Generationen und Lebensphasen berücksichtigen soll. Dabei wird verdeutlicht, wie wichtig die Balance zwischen nachhaltigen Lösungen für die Sozialsysteme und der Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen ist. Die Kommission lädt die Öffentlichkeit ein, ihre Ansichten zum Umgang mit dieser Sachlage im Rahmen einer 12-wöchigen öffentlichen Konsultation bis zum 21.04.2021 zu äußern. Die eingeleitete öffentliche Konsultation soll interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen aus allen Mitgliedstaaten (MS), auch auf regionaler und lokaler Ebene offen, wie z.B. Behörden, Sozialpartner, Unternehmensverbände, Hochschulen oder internationale Organisationen zur Mitwirkung anregen. Anhand der Ergebnisse der Konsultation soll ermittelt werden, welche Unterstützung benötigt wird. Die Kommission wird auf dieser Grundlage mögliche politische Strategien prüfen, um die MS und Regionen bei der Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung zu unterstützen.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210127-alternde-bevoelkerung\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210127-alternde-bevoelkerung_de)  
<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12722-Green-Paper-on-Ageing/public-consultation>

### **Kommission; EU und GBR bekräftigen Umsetzung des Irland-Nordirland-Protokolls**

Der Vizepräsident der Kommission, Maroš Šefčovič, und der britische Staatsminister Michael Gove haben bei einem gemeinsamen Treffen mit nordirischen Vertretern bekräftigt, dass sie uneingeschränkt zum Karfreitagsabkommen und der Umsetzung des Protokolls zu Irland und Nordirland stehen. Außerdem verurteilten beide die Gewaltandrohungen gegen Zollbeamte in Nordirland. Durch das Protokoll, das eine gesonderte Rolle im Vergleich zum EU-GBR-Abkommen darstellt, bleibt Nordirland Teil des EU-Binnenmarkts. Hintergrund ist der politische Wille aller Beteiligten, die Errichtung einer harten Grenze zwischen Irland und Nordirland zu vermeiden. Pro-britische Nordiren sehen darin ein Problem, da das Protokoll die harte Grenze nun in die irische See innerhalb des Vereinigten Königreichs verlegt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT\\_21\\_416](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_21_416)

### **Kommission; Vorläufige Anwendung des EU-GBR-Abkommens soll verlängert werden**

Die Kommission hat vorgeschlagen, die vorläufige Anwendung des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und GBR zu verlängern. Dies habe rein technische Gründe, da das Abkommen derzeit noch nicht in allen juristisch-sprachlichen Ausführungen der Mitgliedsstaaten vorliege. Durch die Verlängerung könnte eine bessere und eingehendere Prüfung durch den Rat und das EP garantiert werden. Ob die Verlängerung bis Ende April 2021 schlussendlich auch Anwendung findet, hängt von der Zustimmung GBR ab.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210210-handels-und-kooperationsabKommissionmen-eu-uk\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210210-handels-und-kooperationsabKommissionmen-eu-uk_de)

### **Kommission; Stärkung der Partnerschaft mit Ländern der südlichen Nachbarschaft**

Die Kommission hat am 09.02.2021 eine neue Agenda zur Stärkung der Partnerschaft mit den südlichen Nachbarn angenommen. Diese Agenda beinhaltet einen Wirtschafts- und Investitionsplan zur langfristigen sozioökonomischen Erholung im Mittelmeerraum. Im Rahmen dieses neuen Instruments für Entwicklungszusammenarbeit, internationale Zusammenarbeit und Nachbarschaftsbeziehungen werden für den Zeitraum 2021-2027 bis zu 7 Mrd. Euro bereitgestellt. Insbesondere Frauen und junge Menschen stehen im Fokus der Partnerschaft, um ihnen Zukunftsperspektive zu geben, sie bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen und eine umweltfreundlichere, wohlhabende und inklusive südliche Nachbarschaft aufzubauen.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210209-eu-suedliche-nachbarschaft\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210209-eu-suedliche-nachbarschaft_de)

C o r o n a

### **Rat; Erneuerung von einzelnen vorübergehenden COVID-19-Maßnahmen für den Verkehrssektor**

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten haben sich am 03.02.2021 auf ein Verhandlungsmandat zur sogenannten „Omnibus II“ Verordnung, die eine Erneuerung vorübergehender Maßnahmen im Verkehrssektor beinhaltet, geeinigt. Der Standpunkt

des Rats sieht u.a. vor, dass bestimmte Bescheinigungen, Lizenzen oder Genehmigungen im Straßen-, Schienen- und Binnenschiffsverkehr sowie im Bereich der Gefahrenabwehr im Seeverkehr vorübergehend verlängert werden. Dies gilt z.B. für Führerscheine, die technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Schiffspatente sowie Bescheinigungen, Lizenzen und Genehmigungen, deren Gültigkeit zwischen dem 01.09.2020 und dem 30.06.2021 ablaufen. Dies wird damit begründet, dass aufgrund der anhaltenden COVID-Krisensituation die Probleme mit der Verlängerung von Lizenzen, Bescheinigungen und Genehmigungen bzw. Durchführung von Tests weiterhin bestehen würden. Rat und EP müssen dem Vorschlag noch zustimmen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/02/03/covid-19-transport-measures-coreper-approves-mandate-to-extend-temporary-flexibility-for-licences/>

### **EP; Annahme einer Verlängerung von Regelungen zu Flughafen-Slots für die Sommersaison 2021**

Das EP hat am 11.02.2021 eine Verordnung zur Änderung der Verordnung 95/93 förmlich angenommen (Vgl. BaB 02/2021). Mit dieser Änderung wird eine vorübergehende Entlastung von den Vorschriften für die Nutzung von Flughafen-Slots aufgrund der COVID-19 Pandemie erreicht. Nach der Aktualisierung der Slot-Nutzungsregeln müssen die Fluggesellschaften nur noch 50% ihrer geplanten Start- und Landeplätze für die Sommersaison 2021 nutzen, um sie in der folgenden Saison zu halten. Auf diese Weise sollen Geisterflüge verhindert werden. Der Rat muss der Verordnung noch förmlich zustimmen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210204IPR97117/covid-19-meps-extend-relief-measures-for-the-transport-sector>

### **Kommission; EP; Plenarrede der Kommissionspräsidentin zur EU Impfstoffstrategie**

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 10.02.2021 im EP die aktuelle Lage zur EU-Impfstoffstrategie dargestellt. In der Plenarrede spannte die Kommissionspräsidentin einen weiten Bogen zu den unterschiedlichen Fragen der Impfstoffdebatte. Dabei resümierte sie die in ihren Augen erreichten Erfolge, zu denen sie die Entwicklung von Impfstoffen, deren gemeinsame Beschaffung für alle 27 Mitgliedstaaten sowie den Beginn der Impfkampagnen im gesamten Unionsgebiet zählte. Zugleich räumte sie auch Fehler ein, namentlich in der Nordirlandfrage. Hierzu brachte sie ihr Bedauern zum Ausdruck, betonte jedoch ebenfalls, das auch hier am Ende alles richtiggemacht worden sei und die EU den Frieden in Nordirland mit aller Kraft verteidigen werde. Im zentralen Teil ihrer Rede rief sie die mit der Umsetzung der Impfstoffstrategie verbundenen Herausforderungen für Politik, Forschung und Unternehmen in Erinnerung. So habe die Kommission möglicherweise auch unterschätzt, welche Aufgaben mit der Massenproduktion für die Industrie verbunden seien. Die Wirtschaft müsse nun mit der Wissenschaft Schritt halten, die Impfstoffe in Rekordzeit entwickelt hätte. Die Kommission werde die Unternehmen hierbei mit der eingerichteten Breton-Task Force zur Sicherstellung von Lieferketten unterstützen. Angesichts der von den Mutanten ausgehenden Gefahren kündigte die Kommissionspräsidentin an, dass Bestandteile der eigentlich für das Ende des Jahres angekündigte EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) bereits in der kommenden Woche starten würden. Dies betreffe ein EU-Netzwerk, zu dessen Aufgaben u.a. die Unterstützung bei Gen-Sequenzierungen gehören. In der Frage der Transparenz der Lieferverträge kündigte sie eine engere und vertrauensvollere Kooperation mit dem EP an. In einer neu eingerichteten interinstitutionellen Kontaktgruppe solle das EP vollen Einblick in sämtliche Verträge

erhalten. Zum Schluss appellierte sie an alle Akteure auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene, in der Impffrage Geschlossenheit zu zeigen und sämtliche Kräfte zu bündeln: „Wir alle geben unser bestes. Dies sollten wir uns gegenseitig nicht absprechen. Unser gemeinsamer Feind ist das Virus. Es lebe Europa“, so die Kommissionspräsidentin.

[https://multimedia.europarl.europa.eu/de/the-state-of-play-of-the-eus-covid-19-vaccination-strategy-meps-debate-part-1\\_I201934-V\\_v](https://multimedia.europarl.europa.eu/de/the-state-of-play-of-the-eus-covid-19-vaccination-strategy-meps-debate-part-1_I201934-V_v)

### **Kommission; Kommissionspräsidentin schreibt in Impfstofffrage an Regierungschefs**

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich gemeinsam mit dem aktuellen Ratsvorsitz auch, den portugiesischen Premier António Costa an die Regierungschefinnen und -chefs der Mitgliedstaaten gewandt. Das gemeinsame Schreiben wurde laut übereinstimmenden Presseberichten am 02.02.2021 versandt. Gegenstand sind mögliche EU-Maßnahmen zur Förderung der Impfstoffproduktion. Dies könnte die Unterstützung zur Förderungen von Impfstoffen durch andere Hersteller oder die Nutzung von Produktionskapazitäten für Tierimpfstoffe umfassen. Hierfür könnten auch Mittel aus dem EU-Haushalt, bzw. der Wiederaufbau- und Resilienzfazilität genutzt werden.

(Kein Link)

### **Kommission; Durchführungsverordnung für den Export von COVID-19-Impfstoffen erlassen**

Die Kommission hat am 29.01.2021 eine Durchführungsverordnung von COVID-19-Impfstoffen erlassen. Bei der im Dringlichkeitsverfahren verabschiedeten Durchführungsverordnung handelt es sich um den am 25.01.2021 angekündigten Transparenz- und Genehmigungsmechanismus. Die Verordnung schreibt eine Ausfuhrgenehmigung von in der EU-produzierten Impfstoffen vor, zu denen die EU Vereinbarungen zu Abnahmegarantien eingegangen ist. Die Maßnahme ist bis 31.03.2021 befristet. Ziel ist, mit der Ausfuhrgenehmigung die Transparenz über die Gesamtproduktionsmenge an Impfstoffen in der EU zu wahren und sicherstellen zu können, dass die Hersteller die EU entsprechend der ihr zustehenden Anteile beliefern. Die Kommission betont, dass es sich nicht um ein Ausfuhrverbot handelt und die Regelungen in Einklang mit der Initiative „Handel und Gesundheit“ der WTO stünden. Humanitäre Lieferungen in Entwicklungsländer im Rahmen der COVAX-Fazilität sind explizit vom Geltungsbereich der Verordnung ausgenommen.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210129-transparenz-und-genehmigungsmechanismus\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210129-transparenz-und-genehmigungsmechanismus_de)

### **Kommission; Leitlinien für Impfnachweise veröffentlicht**

Die Kommission hat am 28.01.2021 die neuen Leitlinien für Impfnachweise veröffentlicht. Diese wurden bereits am 27.01.2021 durch die Mitgliedstaaten (MS) angenommen. Damit folgen die MS den entsprechenden Ratsschlussfolgerungen vom 11.12.2020 und 21.01.2021. Die mit Unterstützung der Kommission erarbeiteten Leitlinien sollen der Interoperabilität der Impfnachweise zwischen den MS dienen. Hierfür wurde ein Katalog an Mindestanforderungen zu enthaltenen Informationen erstellt, der in Einklang mit den Vorgaben des Datenschutzes stehen soll. Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides begrüßte die Leitlinien und betonte die Wichtigkeit, diese in Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit dem Ziel weltweiter Standards weiterzuentwickeln.

[https://ec.europa.eu/austria/news/eu-mitgliedstaaten-verabschieden-leitlinien-f%C3%BCr-impfnachweise\\_de](https://ec.europa.eu/austria/news/eu-mitgliedstaaten-verabschieden-leitlinien-f%C3%BCr-impfnachweise_de)

### **EMA; Impfstoff von AstraZeneca zugelassen**

Am 29.01.2021 hat die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) dem Impfstoff von AstraZeneca die Zulassung erteilt. Kurz zuvor veröffentlichte die Kommission den entsprechenden Liefervertrag. Mit der Zulassung erhält der dritte Impfstoff die bedingte Marktzulassung durch die EMA. Im Vorfeld keimte eine Diskussion um eine etwaige Zulassung nur für 18-55-Jährige auf, da zu wenig ältere Menschen an den Studien teilgenommen hätten. Trotz der geringen Anzahl an Testpersonen höheren Alters sieht die EMA eine generelle Zulassung angesichts der Datenlage vertretbar. Im Vorfeld der Zulassung hatte die Kommission den am 27.08.2020 unterzeichneten Liefervertrag öffentlich zugänglich gemacht. Der redigierte Vertrag ist der zweite (nach dem Vertrag mit CUREVAC), der nun online gestellt wurde.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210129-ema-astrazeneca\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210129-ema-astrazeneca_de)

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Kommission; EU und Russland eher Konkurrenten oder Rivalen als Partner**

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat sich am 05.02.2021 in Moskau mit dem russischen Außenminister Lawrow getroffen, um die künftigen Beziehungen der EU zu Russland zu besprechen. Im Anschluss an dieses Treffen stellte Borrell fest, dass die Beziehungen weiterhin auf einem absoluten Tiefpunkt stünden, da diese seit Jahren von signifikanten Unterschieden und mangelndem Vertrauen geprägt seien. Derzeit sehe man sich eher als Konkurrenten oder Rivalen als Partner. Dennoch hielt Borrell fest, dass es sehr wohl wichtige Themen für eine Zusammenarbeit gebe. So sei in den Bereichen Forschung, Kultur, Gesundheit, Kampf gegen die COVID-19-Pandemie, in der Arktis oder seinen aktiven Klimaschutz eine Kooperation durchaus sinnvoll.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210205-borrell-moskau\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210205-borrell-moskau_de)

### **Kommission; EU verurteilt Haftstrafe für Oppositionsführer Nawalnyj**

Beim Treffen des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell am 05.02.2021 in Moskau mit dem russischen Außenminister Lawrow wurde Außenminister Lawrow mitgeteilt, dass die EU die Haftstrafe für Oppositionsführer Aleksej Nawalnyj verurteile. Die Verurteilung fand auf Grundlage eines angeblichen Verstoßes Nawalnyjs gegen seine Bewährungsaufgaben statt. Nawalnyj befand sich zu dem Zeitpunkt in der Berliner Charité, um sich von einem Giftanschlag zu erholen, der in Russland auf ihn verübt worden war. Dabei lag er über einen längeren Zeitraum im Koma. Die EU berät aufgrund der Unverhältnismäßigkeit des Urteils, der Masseninhaftierungen von Demonstrierenden in Russland und der Ausweisung von drei EU-Botschaftern über mögliche neue Sanktionen und neue Strategien im zukünftigen Umgang mit der russischen Föderation.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/02/03/russia-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-on-the-sentencing-of-alexei-navalnyj/>

### **Kommission; EU verurteilt Militärputsch in Myanmar/Birma aufs Schärfste**

EU-Außenbeauftragter Josep Borrell erklärte am 02.02.2021 im Namen der EU, dass der Putsch in Myanmar ein nicht hinnehmbarer Versuch sei, den Willen der Bevölkerung Myanmars gewaltsam zu unterdrücken. Die Bevölkerung Myanmars habe bereits am 08.11.2020 durch eine sehr hohe Wahlbeteiligung an den Parlamentswahlen ihr Vertrauen in den demokratischen Status ihres Landes zum Ausdruck gebracht. Sollte es Unregelmäßigkeiten im Wahlablauf gegeben haben, so sei dies ein Thema für die Verwaltungs- und Justizebene, aber keine Legitimation für

eine gewaltsame Machtergreifung durch militärische Kräfte. Dieser Vorgang verstoße gegen die Grundsätze der Demokratie und den Willen des Volkes und bedeute ein Rückschritt für das Land.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210201-militaerputsch-myanmar\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210201-militaerputsch-myanmar_de)

## E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

### COVID-19: Debatte über den Stand der EU-Impfstrategie

In der Plenardebatte am 10.02.2021 mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der portugiesischen Ratspräsidentschaft äußerten sich die Abgeordneten zum Stand der COVID-19-Impfstrategie der EU (siehe gesonderten Beitrag unter „Corona“).

Der EVP-Fraktionsvorsitzende MdEP Manfred Weber (EVP/DEU) versicherte der Kommissionspräsidentin, die wichtigen Entscheidungen seien richtig gewesen, auch wenn man Fehler gemacht habe. Nun müsste die Produktion angekurbelt und gemeinsame Regelungen gefunden werden. „Meine Fraktion hat gestern einen 11-Punkte-Plan vorgelegt, wie wir die Produktion schnell anheben können“, sagt Weber mit Blick auf die Knappheit bei den bestellten Impfstoffen in der EU. Es brauche schnell einen G7-Gipfel mit den westlichen Staaten wie den USA und GBR, um den "Egoismus, der dort herrscht, zu überwinden", sagte Weber weiter und kritisierte GBR und die USA. Es gebe außerdem ein Scheitern der Innenminister in Europa, so Weber, und meinte damit die unterschiedlichen Einreisebeschränkungen der EU-Mitgliedsstaaten.

Die S&D-Fraktionsvorsitzende MdEP Iratxe García Pérez (S&D/ESP) warnte vor "Schwarzseherei" und forderte die konstruktive Suche nach Lösungen. Sie habe „genug von den Untergangspropheten! Lassen Sie uns fordernd und konstruktiv sein. Dies ist eine beispiellose globale Herausforderung: Wir müssen die gesamte Weltbevölkerung gleichzeitig impfen. Ich glaube nicht, dass Impfstoff-Nationalismus uns sehr weit bringen wird. Konzentrieren wir uns also darauf, Probleme zu lösen, um die Produktion zu steigern; in Zusammenarbeit mit der Industrie und auch mit den internationalen Organisationen. Wir sind alle müde, aber wir sehen das Licht am Ende des Tunnels und unsere Bürger haben eine Botschaft der Hoffnung verdient“.

Der RN-Fraktionsvorsitzende MdEP Dacian Ciolos (RN/ROM) erklärte, Europa habe nicht das Recht, Fehler zu machen. „Das ist der Grund, warum wir hier im Parlament so fordernd sind. Jede Verzögerung muss erklärt, begründet und mit Lösungen zur Abhilfe versehen werden. Eines Tages wird man auch erklären müssen, was in den Verträgen, die mit den Impfstoffherstellern ausgehandelt wurden, hätte besser gemacht werden können. Jetzt aber muss jede neue Herausforderung antizipiert, vorbereitet und mit Lösungen begleitet werden“.

Der ID-Fraktionsvorsitzende MdEP Marco Zanni (ID/ITL) zeigte sich enttäuscht: „Ob es Ihnen gefällt oder nicht, Sie haben die Bühne betreten, Sie haben versprochen, dass ein gemeinsames Management Vorteile und eine Lösung des Problems so schnell wie möglich bringen würde, aber das war nicht der Fall. Ich hätte heute von Ihnen, Frau von der Leyen, erwartet, dass Sie uns im Detail erklären, was schiefgelaufen ist, denn es ist für jeden klar, dass etwas schiefgelaufen ist, und dass Sie im Detail erklären, was die Kommission tun wird, um das Versäumte nachzuholen“. Sein Fraktionskollege MdEP Jörg Meuthen (ID/DEU) warf von der Leyen "maßloses Unvermögen" vor und verlangte ihren Rücktritt.

Die GRÜNE Fraktionsvorsitzende MdEP Ska Keller (GRÜNE/DEU) mahnte, einige Regionen der Welt drohten, zurückgelassen zu werden. Eine globale Verteilung von Impfstoff müsse sichergestellt werden. Zudem sei im Kampf gegen die Pandemie mehr

Einheitlichkeit unter den Mitgliedsstaaten nötig, so Keller, die dabei etwa geöffnete Skigebiete wie in AUT ansprach. Mit nationalen Alleingängen sei die Corona-Pandemie auf lange Sicht nicht zu bekämpfen. Keller forderte darüber hinaus mehr Transparenz bei der Impfstrategie.

MdEP Beata Szydło (ECR/POL) sprach die Verträge mit den Impfstoffherstellern an und fragte: „Verfügt die Europäische Kommission, abgesehen von den rituellen Instrumenten der Bekundung der Empörung oder von Erklärungen oder den verschiedenen Arten von Entschlüssen, die angenommen werden, über ein wirksames Instrument zur Durchsetzung dieser Vereinbarungen? Die Kommission verpflichtete sich gegenüber den Mitgliedstaaten und den Europäern, dass die entsprechende Menge an Impfstoffen diese Länder zum richtigen Zeitpunkt erreichen würde. Das ist heute die wichtigste Aufgabe, und die Europäische Kommission muss sich darauf konzentrieren“.

Die GUE-Fraktionsvorsitzende MdEP Manon Aubry (GUE/FRA) fragte sich, wie konnte die EU so vor den Pharmaunternehmen kuschen? "Die Pharmaunternehmen lassen die Sektkorken knallen", stellte sie fest. Man schränke die Bürger der EU ein, aber die Unternehmen bekämen keine Regeln auferlegt. Ihre Fraktion fordere daher wegen des Impfdebakels einen Untersuchungsausschuss im EP.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-02-10-ITM-004\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-02-10-ITM-004_DE.html)

#### Große Zustimmung zur Aufbau- und Resilienzfazilität

Am 10.02.2021 stimmte das EP im Rahmen des Berichts Siegfried Mureşan (EVP/ROM), Eider Gardiazabal Rubial (S&D/ESP) und Dragoş Pîslaru (RN/ROM) für die Aufbau- und Resilienzfazilität. Sie soll den Mitgliedstaaten helfen, die Folgen der Coronavirus-Pandemie zu bewältigen. Das EP hat die Verordnung zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität mit 582 zu 40 Stimmen bei 69 Enthaltungen angenommen (siehe Beitrag unter „Finanzen“).

#### Demokratische Kontrolle sozialer Medien vor dem Hintergrund der Grundrechte

Am 10.02.2021 forderten die Europaabgeordneten eine demokratische Kontrolle der Tech-Giganten, um die Meinungsfreiheit zu schützen. In der Debatte mit der Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten Ana Paula Zacarias von der PTL Ratspräsidentschaft und der Vizepräsidentin der Kommission Věra Jourová kritisierten fast alle Redner die enorme Macht der Social-Media-Plattformen und deren besorgniserregenden Einfluss auf Politik und Meinungsfreiheit. Unter Verweis auf verschiedene Entscheidungen der Plattformen, Inhalte oder Konten zu zensieren, betonte eine große Mehrheit im Plenarsaal das Fehlen klarer Regeln für solche Entscheidungen und die mangelnde Transparenz der Praktiken von Big Tech. Sie drängte die Kommission, das Thema im Digital Services Act und im Digital Markets Act sowie als Teil des Aktionsplans für Demokratie zu behandeln. Die meisten Redner konzentrierten sich auf die Notwendigkeit, Rechtssicherheit bei der Entfernung von Inhalten zu schaffen und sicherzustellen, dass solche Entscheidungen bei demokratisch rechenschaftspflichtigen Behörden und nicht bei privaten Unternehmen liegen, um die Redefreiheit zu schützen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-02-10-ITM-008\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-02-10-ITM-008_DE.html)

#### MdEP kritisieren Besuch des EU-Außenbeauftragten Borrell in Moskau

In einer Debatte am 09.02.2021 über die aktuelle Lage in Russland mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell verteidigten einige Abgeordnete dessen Besuch in Russland, während viele Abgeordnete seine Reise nach Moskau verurteilten. Vor dem Hintergrund der sich seit Jahren verschlechternden Beziehungen zwischen der EU und

Russland habe sie zu einem ungünstigen Zeitpunkt stattgefunden, auch im Hinblick auf das anhaltende aggressive Auftreten Russlands gegenüber der Ukraine, das harte Vorgehen gegen Demonstranten, die Ausweisung von EU-Diplomaten, die Attentatsversuche durch die Geheimdienste des Landes und die Inhaftierung des Oppositionsführers Alexei Nawalny.

Borrell sagte in seiner Rede, dass er nach Moskau gereist sei, um durch prinzipiengeleitete Diplomatie herauszufinden, ob die russische Regierung daran interessiert sei, Differenzen anzusprechen und die negativen Entwicklungen in den Beziehungen zwischen der EU und Russland umzukehren. Die Antwort, die er erhalten habe, weise in eine andere Richtung, fügte er hinzu.

Viele Abgeordnete betonten, dass die russische Regierung nicht daran interessiert sei, die negative Tendenz in den Beziehungen zwischen der EU und Russland umzukehren, solange die EU weiterhin Fragen im Zusammenhang mit Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit aufwirft. Sie kritisierten auch scharf das Verhalten und die Position des russischen Außenministers Sergei Lawrow gegenüber der EU und Borrell während ihres Treffens und der Pressekonferenz in Moskau. Dies sei ein Versuch gewesen, die EU zu untergraben.

Die Abgeordneten wiesen auch auf das Versagen der EU-Mitgliedstaaten im Rat hin, mehr und stärkere Maßnahmen gegen Russland zu ergreifen, einschließlich weiterer Sanktionen. Einige monierten auch, dass manche EU-Hauptstädte nicht angemessen auf die Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EU und Russland reagierten. Hier könne zum Beispiel durch den Stopp der Nord-Stream-2-Pipeline ein Zeichen gesetzt werden.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-02-09-ITM-009\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-02-09-ITM-009_DE.html)

#### Politik der Europäische Zentralbank

Das EP fordert im Rahmen des Berichts von MdEP Sven Simon (EVP/DEU) die Europäische Zentralbank (EZB) in einer Entschließung auf, andere politische Maßnahmen als die derzeitigen einzusetzen, um die EU-Wirtschaft anzukurbeln. Die Verabschiedung der Entschließung folgte auf die Aussprache mit EZB-Präsidentin Lagarde am 08.02.2021 anlässlich der Vorstellung des EZB-Jahresberichtes 2020 und wurde mit einer Mehrheit von 533 - 94 - 63 angenommen (siehe Beitrag unter Finanzdienstleistungen).

#### Menschenhandel: stärkere Maßnahmen zum Schutz von Frauen, Kindern und Migranten gefordert

In einer Entschließung, die am 10.02.2021 mit einer Mehrheit von Stimmen 571 - 61 - 59 angenommen wurde, bewertet das EP die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels aus dem Jahr 2011 und fordert härtere Maßnahmen gegen alle Formen des Menschenhandels mit dem Schwerpunkt auf dem Schutz von Frauen, Kindern und Migranten. Die Abgeordneten bedauern das Fehlen von vergleichbaren und ausführlichen Daten über das Ausmaß des Menschenhandels in der EU und fordern, dass die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten (MS) zur Bekämpfung dieser oft grenzüberschreitenden Verbrechen verstärkt wird.

Die Entschließung fordert, dass die Kommission die Richtlinie so ändert, dass die MS die „wissentliche Inanspruchnahme von Diensten“, die von den Opfern des Menschenhandels erbracht werden, ausdrücklich unter Strafe stellen

Das Internet, soziale Medien und neue Technologien werden genutzt, um mögliche Opfer, darunter auch Kinder, zu rekrutieren und anzulocken. Die Abgeordneten fordern daher die Kommission und die MS auf, der Nutzung von Online-Technologien sowohl bei der Verbreitung als auch bei der Prävention von Menschenhandel Rechnung zu tragen

### Kreislaufwirtschaft: Strengere EU-Regeln für Verbrauch und Recycling

Das EP hat am 09.02.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Jan Huitema (RN/NDL) umfassende politische Empfehlungen angenommen, um bis spätestens 2050 eine CO2-neutrale, nachhaltige, giffreie und geschlossene Kreislaufwirtschaft zu erreichen. Mit der EntschlieÙung, die mit einer Mehrheit von 574 - 22 - 95 angenommen wurde, nimmt das EP Stellung zum „Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft“ der Kommission (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

### Ein Mindestlohn zur Verringerung von Ungleichheit

Um Ungleichheit und Armut bei der Arbeit zu bekämpfen, forderten die Abgeordneten am 10.02.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Özlem Demirel (GUE/DEU) einen Mindestlohn, gleiche Arbeitsbedingungen für Plattformarbeiter und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der Bericht wurde mit einer Mehrheit von 365 - 118 - 208 angenommen. Die Abgeordneten fordern die Kommission und die Mitgliedsstaaten auf, die Verhinderung von Armut trotz Arbeit in ihr Gesamtziel zur Beendigung der Armut in der EU aufzunehmen. Die Abgeordneten begrüßen den Vorschlag der Kommission für eine EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne und bezeichnen ihn als einen wichtigen Schritt, um sicherzustellen, dass jeder von seiner Arbeit leben und an der Gesellschaft teilhaben kann. Die Richtlinie solle sicherstellen, dass die gesetzlichen Mindestlöhne immer über der Armutsgrenze liegen, betonen sie. Sie stellen auch klar, dass Arbeitgeber die Kosten für die Ausführung der Arbeit, wie Unterkunft, notwendige Kleidung, Werkzeuge, persönlichen Schutz und andere Ausrüstungen, nicht von den Mindestlöhnen abziehen dürfen. Der gesetzliche Rahmen für Mindestarbeitsbedingungen muss für alle Arbeitnehmer durchgesetzt werden, als ein weiteres wichtiges Element im Kampf gegen Armut trotz Erwerbstätigkeit, betonen die Abgeordneten. Dazu gehören auch atypische oder Nicht-Standard-Arbeitnehmer in der digitalen Wirtschaft, die oft unter prekären Bedingungen arbeiten. Diese Arbeitnehmer müssten auch von den bestehenden Arbeitsgesetzen und Sozialversicherungsbestimmungen abgedeckt werden und die Möglichkeit haben, sich an Tarifverhandlungen zu beteiligen, fügen sie hinzu.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0044\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0044_DE.html)

### Verlängerung verkehrsbezogener COVID-19-Hilfsmaßnahmen

Zur Unterstützung der Verkehrsbranche zu Pandemie-Zeiten hat das EP am 10.02.2021 für die Verlängerung von Ausnahmen für die Verteilung von Flughafen-Slots und Verfallsdaten bestimmter Bescheinigungen gestimmt (siehe Beitrag unter „Verkehr“).

### EU-Aufbauhilfen sollen auch junge Menschen und den Sportsektor unterstützen

Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollen mehr tun, um negative Auswirkungen der Pandemie auf junge Menschen und den Sportsektor zu verhindern, fordern die MdEP im Rahmen einer EntschlieÙung über die Auswirkungen von COVID-19 auf junge Menschen und Sport. Die EntschlieÙung wurde am 10.02.2021 mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 592 - 42 - und 57 angenommen.

Die MdEP betonen darin, dass der Jugendarbeitsmarkt besonders empfindlich auf Wirtschaftskrisen reagiert. Viele arbeiten in unsicheren, schlecht bezahlten Teilzeitjobs, die rechtlich nicht gut abgesichert sind und schwächere Sozialversicherungsstandards bieten. Berichten der Internationalen Arbeitsorganisation zufolge sind besonders die Beschäftigungsmöglichkeiten und das Einkommen junger Menschen von der Coronakrise betroffen. Die Abgeordneten

befürchten deshalb, dass Bildungs-, Freiwilligen- und Ausbildungsmöglichkeiten auf der Strecke bleiben. Nationale Konjunkturpläne müssen sich daher auf junge Menschen konzentrieren, und EU-Programme (wie Erasmus+, Europäisches Solidaritätskorps, Jugendgarantie, und die digitale Strategie) müssen genutzt werden, um "bittere Enttäuschungen für junge Menschen und zukünftige Generationen" zu vermeiden, betonen die MdEP. Dazu müsse in maßgeschneiderte Programme zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Umschulungen investiert und gefährdete Gruppen besser geschützt werden, fügen sie hinzu. Die MdEP weisen auf die verheerenden Folgen der Pandemie für den Sportsektor hin, der 2,12% des europäischen BIP und 2,72% der Gesamtbeschäftigung in der EU ausmacht – das entspricht etwa 5,67 Mio. Arbeitsplätzen. Sie sind über mögliche dauerhafte Schäden für den Profi- und Freizeitsport und, als Folge davon, um die öffentliche Gesundheit im Allgemeinen besorgt. Die EU-Mitgliedstaaten sollten daher den Sportsektor mit nationalen Mitteln unterstützen und ihn in ihre Konjunkturprogramme einbeziehen. Darüber hinaus sollte der Sektor von der Aufbau- und Resilienzfazilität sowie von anderen Programmen wie dem Fonds für regionale Entwicklung, dem Kohäsionsfonds und dem EU4Health-Programm profitieren.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0045\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0045_DE.html)

#### Umsetzung des Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine

Das EP nahm den Initiativbericht von MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) über die Umsetzung des Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine mit einer Mehrheit von 526 – 79 – 71 an. Der Bericht stellt fest, dass die Ukraine zwar erhebliche Fortschritte bei der Umsetzung der Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Assoziierungsabkommen und der Integration in die EU gemacht hat, dass aber mehrere der eingeleiteten Reformen noch abgeschlossen werden müssen, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Staatsführung und Korruptionsbekämpfung, da die weit verbreitete Korruption trotz beachtlicher Fortschritte den Reformprozess der Ukraine weiterhin behindert. Darüber hinaus stellt der Bericht fest, dass noch einige zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Rückschritte zu vermeiden (z.B. im Justizwesen). Die Abgeordneten verurteilten die rechtswidrige Annexion der Krim und Sewastopols sowie die faktische Besetzung bestimmter Gebiete in Donezk und Luhansk und forderten Russland auf, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen, seine Streitkräfte aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen und die Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur territorialen Integrität der Ukraine sowie zur Krim und Sewastopol vollständig umzusetzen. Sie verurteilten nachdrücklich die destabilisierenden Handlungen Russlands und sein militärisches Engagement in der Ukraine. Das EP stellt fest, dass sich mit der Erdgasfernleitung Nord Stream 2 die Abhängigkeit der EU von russischen Erdgaslieferungen verstärkt, dass sie eine Gefahr für den EU-Binnenmarkt darstellt. Nord Stream sei weder mit der Energiepolitik der EU noch ihren strategischen Interessen im Einklang und ziehe möglicherweise negative Folgen für die vom Krieg betroffene Ukraine nach sich: Das EP fordert daher alle Interessenträger in den Mitgliedstaaten und in Europa auf, auf die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen zurückzugreifen, um das Projekt einzustellen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0050\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0050_DE.html)

### **AdR; ENVE-Fachkommissionsitzung**

Am 01.02.2021 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Eine Renovierungswelle für Europa“. Darüber hinaus fanden Meinungsaustausche zu den Arbeitsdokumenten "Mehr Ehrgeiz für das Klimaziel Europas bis 2030 im Hinblick auf die COP 26" und „Sichere und nachhaltige Chemikalien“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173761&meetingSessionId=2216573>

### **AdR; 142. AdR-Plenarsitzung**

Vom 03. – 05.02.2021 fand als virtuelle Sitzung das 142. AdR-Plenum statt. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz, Förderung der Jugendbeschäftigung: eine Brücke ins Arbeitsleben für die nächste Generation – Stärkung der Jugendgarantie, Grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen in Europa, Agrarökologie, eine Union der Gleichheit: Strategischer Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma 2020-2030, ein neuer EFR für Forschung und Innovation, Neustart der Kultur- und Kreativwirtschaft, 8. Umweltaktionsprogramm sowie Entschlüsse zur COVID-19 Impfkampagne. Darüber hinaus fanden mit Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, mit Elisa Ferreira, Kommissarin für Kohäsion und Reformen, mit Dr. Hans Henri P. Kluge, Regionaldirektor für Europa der Weltgesundheitsorganisation sowie mit Ana Paula Zacarias, der portugiesischen Staatssekretärin für Europäische Angelegenheiten Aussprachen statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173943&meetingSessionId=2216773>

## Wirtschaft

### **Kommission; EU und Japan vertiefen ihre Wirtschaftsbeziehungen**

Die Kommission hat am 01.02.2021 Verbesserungen des bestehenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens mit Japan, welches am 01.01.2019 abgeschlossen wurde, bekannt gegeben. Auf beiden Seiten werden nunmehr 28 zusätzliche geografische Angaben geschützt. Beide Seiten einigten sich zudem darauf, die Liste der Sicherheitsanforderungen bei Fahrzeugen, für die keine doppelte Genehmigung erforderlich ist, zu erweitern. Auch beim Handel mit Wein wurden Erleichterungen vereinbart. Zudem wurde das Verfahren für die Beantragung und den Erhalt von Zollpräferenzen vereinfacht. Zusammen machen die EU und Japan nach Angaben der Kommission ein Viertel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts aus und der bilaterale Handel erreiche ein Volumen von etwa 170 Mrd. EUR pro Jahr.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_313](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_313)

### **EuRH; Prüfung von EU-Maßnahmen zur Verringerung der Innovationskluff**

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 02.02.2021 eine Vorausschau für seine Überprüfung der Innovationsprogramme in der EU. Um die Innovationskluff zu verringern, habe sich die EU zunehmend darauf konzentriert, eine breitere Beteiligung an ihren Förderprogrammen für Forschung und Innovation sicherzustellen, spezifische Maßnahmen zur Erschließung des Potenzials von

Mitgliedstaaten, die bislang wenig innovativ waren, einzuführen und Synergien mit den europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu fördern. Mit der anstehenden Prüfung soll bewertet werden, ob diese Maßnahmen der Kommission dazu beigetragen haben, die Kluft im Bereich der Forschung und Innovation innerhalb der EU zu verringern.

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INAP21\\_02/INAP\\_EU\\_Innovation\\_divide\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INAP21_02/INAP_EU_Innovation_divide_DE.pdf)

### **Kommission; Übernahme von GGND durch Allianz, Marubeni und Toho Gas**

Die Kommission hat am 02.02.2021 im Rahmen des Fusionskontrollverfahrens den Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über Galp Gás Natural Distribuição, SA (GGND) durch die Allianz Capital Partners GmbH (ACP), Marubeni Corporation (Marubeni) und Toho Gas Co. Ltd. (Toho Gas) genehmigt. GGND ist in PTL im Vertrieb und Einzelhandel von Erdgas tätig. Die Kommission gelangte zu dem Schluss, dass die geplante Übernahme keine Wettbewerbsbedenken aufwerfe, da es keine Überschneidungen zwischen den Aktivitäten der Unternehmen geben würde.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_21\\_381](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_21_381)

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case\\_details.cfm?proc\\_code=2\\_M\\_10084](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10084)

### **Kommission; Untersuchung möglicher Beschränkungen des Handels durch Mondelēz**

Die Kommission hat am 28.01.2021 ein förmliches Kartellverfahren eingeleitet, um festzustellen, ob Mondelēz den Wettbewerb eingeschränkt hat. Mondelēz ist einer der größten Hersteller von Schokolade, Keksen und Kaffee in der EU. Die Kommission befürchtet, dass das Unternehmen den zwischen Mitgliedstaaten erfolgenden sogenannten „Parallelhandel“ mit seinen Schokolade-, Keks- und Kaffeeprodukten mittels Vereinbarungen und einseitiger Handelspraktiken beschränkt haben könnte.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_281](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_281)

### **Kommission; Gründung eines Joint Ventures zwischen Volvo und Daimler genehmigt**

Die Kommission hat am 08.02.2021 im Rahmen des Fusionskontrollverfahrens mit Beschluss die Gründung des Joint Ventures „Daimler Truck Fuel Cell“ durch die Volvo Group (Volvo) und Daimler Truck AG (Daimler) genehmigt. Das Joint Venture soll in der Entwicklung, Produktion und dem Vertrieb von Wasserstoffsystemen (FSC) - hauptsächlich für schwere Lastkraftwagen - tätig sein. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass durch das Joint Venture keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken zu befürchten seien, da keine relevanten horizontalen Überschneidungen zwischen den Tätigkeiten der Unternehmen bestehen. Trotz der starken Position von Volvo und Daimler bei der Herstellung und Lieferung von Lastkraftwagen sei es unwahrscheinlich, dass dadurch konkurrierende FCS-Hersteller für die Herstellung und Lieferung von FCS ausgeschlossen werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_21\\_461](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_21_461)

### **Kommission; Bewerbungsphase für „REGIOSTAR-Awards“ 2021 hat begonnen**

Die Kommission hat am 09.02.2021 die Bewerbungsphase für die „REGIOSTAR-Awards“ 2021 gestartet. Gesucht werden die inspirierendsten und innovativsten Regionalprojekte in der EU. In diesem Jahr wird die RegioStars-Jury EU-geförderte Projekte in fünf Kategorien auszeichnen. Die erste Kategorie lautet „Smart Europe“ und zielt auf Projekte, die die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen in einer digitalen Welt beinhalten. Die zweite Kategorie lautet „Green Europe“ und zielt auf Projekte, die grüne und widerstandsfähige Gemeinschaften in ländlichen und städtischen Gebieten zum Inhalt haben. Bei der dritten Kategorie „Fair

Europe“ geht es um die Förderung von Inklusion und Antidiskriminierung. Die vierte Kategorie lautet „Urban Europe“ und beinhaltet Projekte, die die Förderung grüner, nachhaltiger Kreislaufsysteme für Lebensmittel in funktionalen städtischen Gebieten zum Ziel haben. Als fünfte Kategorie unter „Topic of the Year“ geht es um die Förderung der umweltfreundlichen Mobilität in den Regionen im Europäischen Jahr der Schiene 2021. Die Bewerbungsfrist endet am 09.05.2021.

<https://regiostarsawards.eu/>

## V e r k e h r

### **Kommission; Konsultation zu einer Verordnung über den Einbau von Alkohol-Wegfahrsperren in Fahrzeugen**

Die Kommission hat am 03.02.2021 eine öffentliche Konsultation zu einer delegierten Verordnung über den Einbau von Alkohol-Wegfahrsperren in Fahrzeugen eingeleitet. Die Konsultation läuft bis zum 03.03.2021. Ziel der Initiative ist es, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, indem Fahrer durch Alkohol-Wegfahrsperren daran gehindert werden sollen, bei überhöhtem Alkoholkonsum zu fahren. Diese sind in der EU nicht verpflichtend. Die Fahrzeuge können aber diesbezüglich nachgerüstet werden. Um eine Fahrzeugnachrüstung zu erleichtern, sollen die Fahrzeughersteller entweder einen genormten Steckverbinder oder ein leicht verständliches Dokument bereitstellen, das die notwendigen Anweisungen für die Installation dieser Steckverbinder enthält.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12799-Facilitation-of-the-installation-of-alcohol-interlocks-in-motor-vehicles>

### **Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien für die Transeuropäischen Netze Verkehr**

Die Kommission hat am 10.02.2021 eine Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien für die Transeuropäischen Netze Verkehr (TEN-V) gestartet, die bis 05.05.2021 läuft. Die Politik der EU im Bereich der Verkehrsinfrastruktur zielt darauf ab, den Verkehr in ganz Europa zu erleichtern und die regionalen, wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten durch den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes zu verringern. Grundlage dieser Politik ist die Verordnung (EG) Nr. 1315/2013, in der Leitlinien für Investitionen der Mitgliedstaaten und der EU in die Verkehrsinfrastruktur sowie eine gezielte Finanzierung im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ und anderer einschlägiger EU-Programme festgelegt sind. Diese Leitlinien aus 2013 sollen nun überarbeitet werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12532-Revision-of-Regulation-on-Union-guidelines-for-the-development-of-the-trans-European-transport-network-TEN-T>

## E n e r g i e

### **Kommission; Konsultation zu neuen Vorschriften über die Verhinderung des Austretens von Methan im Energiesektor**

Die Kommission hat am 05.02.2021 eine Konsultation zu einer von ihr geplanten Verordnung über neue Vorschriften zur Verhinderung des Austretens von Methan im Energiesektor eingeleitet. Angesichts der klimaschädlichen Wirkung von Methanemissionen will die Kommission eine EU-Strategie entwickeln, mit der das

Austreten von Methan im Energiesektor möglichst verhindert werden soll. Diese Strategie soll verbindliche Regeln zur Überwachung, Meldung, Überprüfung und Erkennung eines möglichen Methanaustritts sowie zu den erforderlichen Reparaturen im Energiesektor für 2021 enthalten sowie die Verwirklichung ehrgeizigerer EU-Klimaziele bis 2030 und der Klimaneutralität bis 2050 unterstützen. Die Konsultationsfrist endet am 01.05.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12581-Proposal-for-a-legislative-act-on-methane-leakage-in-the-energy-sector>

## Digital

### **Kommission; Konsultation über den Europäischen Interoperabilitätsrahmen**

Die Kommission hat am 01.02.2021 eine öffentliche Konsultation über interoperable digitale öffentliche Dienste und die Bewertung des Europäischen Interoperabilitätsrahmens (EIF) eingeleitet. Sie erbittet Rückmeldungen von einem breiten Kreis von Interessensträgern über die Interoperabilität im öffentlichen Sektor. Die gesammelten Informationen sollen in die Bewertung des EIF und in eine Folgenabschätzung zu einer künftigen Interoperabilitätsstrategie einfließen. Bis Ende 2021 will die Kommission eine verstärkte Interoperabilitätsstrategie für die Mitgliedstaaten vorlegen, um die Koordinierung zu verbessern und gemeinsame Standards für sichere, grenzüberschreitende Datenströme und Dienste des öffentlichen Sektors zu gewährleisten. Dabei soll auch geprüft werden, ob die Empfehlungen des EIF Teil eines verbindlichen Instruments sein sollten. Außerdem möchte die Kommission im Rahmen der Konsultation die Ansichten der Interessenträger zu den Ergebnissen des Programms über Interoperabilitätslösungen und gemeinsame Rahmen für europäische öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger (ISA<sup>2</sup>) einholen. ISA<sup>2</sup> ist ein EU-Förderprogramm, das die Entwicklung digitaler Lösungen unterstützt, damit öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger interoperable grenz- und sektorübergreifende öffentliche Dienste in Anspruch nehmen können. Die Frist für die Teilnahme an der Konsultation endet am 27.04.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12579-European-Interoperability-Framework-EIF-evaluation-and-EU-governments-interoperability-strategy/public-consultation>

### **Kommission; ENISA entwickelt EU-Zertifizierungssystem für 5G-Netze**

Die Kommission hat am 03.02.2021 die EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA) damit beauftragt, ein EU-Zertifizierungssystem für die Cybersicherheit von 5G-Netzen auszuarbeiten. Es soll dazu beitragen, Risiken im Zusammenhang mit technischen Schwachstellen der Netze zu beseitigen und ihre Cybersicherheit weiter zu verbessern. Die Kommission will damit ein einheitliches, EU-weites Zertifizierungssystem etablieren. Derzeit gibt es verschiedene Sicherheitszertifizierungssysteme für IT-Produkte, einschließlich 5G-Netze, in Europa. Ein europäisches Zertifizierungssystem soll es den Unternehmen erleichtern, grenzüberschreitend zu handeln. Das neue System wird, so die Erklärung der ENISA, auf Elementen bereits bestehender Zertifizierungssysteme und den Erfahrungen der ENISA mit 5G-Cybersicherheit beruhen. Sie wird eine ad-hoc-Arbeitsgruppe einrichten, zu der 5G-Experten eingeladen werden. Ein entsprechender Aufruf werde auf der ENISA-Webseite veröffentlicht werden. Das neue Zertifizierungssystem ist eine weitere Maßnahme der EU zur Erhöhung der 5G-Cybersicherheit. Anfang 2020 hatte die Kommission die „EU-Toolbox“ für 5G-Sicherheit vorgestellt.

[https://www.enisa.europa.eu/news/enisa-news/securing\\_eu\\_vision\\_on\\_5g\\_cybersecurity\\_certification](https://www.enisa.europa.eu/news/enisa-news/securing_eu_vision_on_5g_cybersecurity_certification)

### **Kommission; TK-Kodex – Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU**

Die Kommission hat am 04.02.2021 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU und 23 weitere Mitgliedstaaten eingeleitet, weil sie die Richtlinie (EU) 2018/1972 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation bisher nicht umgesetzt haben. Der europäische Kodex für die elektronische Kommunikation ist seit Dezember 2018 in Kraft. Er aktualisiert die Vorschriften zur Regulierung der elektronischen Kommunikationsnetze (Telekommunikation), Telekommunikationsdienste und damit zusammenhängender Einrichtungen und Dienste. Außerdem werden Aufgaben für die nationalen Regulierungsbehörden und andere zuständige Behörden festgelegt. Der Kodex soll ferner den Wettbewerb sowie größere Investitionen in 5G-Netze und Netze mit einer sehr hohen Kapazität fördern. Die Frist für die Umsetzung des Kodex in nationales Recht endete am 21.12.2020. In DEU läuft das Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung noch. Das Bundeskabinett hatte sich erst im Dezember 2020 auf die Novellierung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) geeinigt. Bislang haben nur GRI, HUN und FIN mitgeteilt, die Richtlinie vollständig umgesetzt zu haben. An die übrigen Mitgliedstaaten (MS) hat die Kommission nun ein Schreiben gerichtet und sie aufgefordert, unverzüglich alle einschlägigen Maßnahmen zur nationalen Umsetzung anzunehmen und zu übermitteln. Die MS müssen binnen zwei Monaten auf das Schreiben reagieren.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_206](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_206)

### **Kommission; neuer EuroHPC-Supercomputer in PTL**

Die Kommission hat am 05.02.2021 bekannt gegeben, dass ein weiterer EU-Supercomputer in PTL, der sog. Deucalion, entstehen wird. Das gemeinsame europäische Unternehmen für High Performance Computing (EuroHPC), die portugiesische Stiftung für Wissenschaft und Technologie (FCT) als Hosting-Unternehmen und Fujitsu als Anbieter der Technologie haben einen Beschaffungsvertrag im Wert von 20 Mio. EUR für einen neuen EuroHPC-Petascale-Supercomputer unterzeichnet. Die EU wird sich mit fast 7 Mio. EUR an den Kosten für den Supercomputer beteiligen, der bis zu 10 Petaflops oder 10 Mio. Mrd. Berechnungen pro Sekunde ausführen kann und vom Minho Advanced Computing Centre (MACC) betrieben werden wird. Er soll genutzt werden, um die Forschung und Entwicklung in den Bereichen ressourcen- und energieeffizienter Technologien, Medikamentenentwicklung und Wettervorhersage voranzutreiben. Die PTL-Regierung betonte anlässlich der Vertragsunterzeichnung die Nachhaltigkeit des Supercomputers. Der gesamte Betrieb werde auf erneuerbaren Energiequellen basieren, entweder durch direkte Erzeugung von Strom aus Solar- und Windtechnologien oder durch Kombination mit Speichersystemen. In der EU gibt es bereits sechs EuroHPC-Supercomputer: Sofiatech in BUL, IT4Innovations National Supercomputing Center in CZR, CINECA in ITR, LuxProvide in LUX, IZUM in SLO, und CSC - IT Center for Science in FIN.

<https://eurohpc-ju.europa.eu/news/deucalion-new-eurohpc-world-class-green-supercomputer-portugal>

### **Kommission; Gutachten zum Digital Markets Act veröffentlicht**

Die Kommission hat am 09.02.2021 ein wirtschaftswissenschaftliches Gutachten zu ihrem Vorschlag für einen Digital Markets Act (DMA) vom 15.12.2020 veröffentlicht. Die gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (Joint Research Centre - JRC) hatte ein Gremium von Wirtschaftsexperten eingesetzt und mit der Erstellung des Berichts beauftragt. Aus DEU war Prof. Justus Haukap, Direktor des Düsseldorf

Institute for Competition Economics (DICE), in das Gremium aus sechs Experten berufen worden. Die Experten befürworten grundsätzlich den Regelungsansatz des DMA, d.h. die Benennung großer Gatekeeper-Plattformen und die Festlegung einer Reihe von Ex-ante-Verpflichtungen, die diese erfüllen sollen. Sie weisen aber auch auf die Herausforderung hin, ein Gleichgewicht zwischen den Vorteilen von Netzwerkeffekten großer Plattformen und den potenziellen negativen Auswirkungen von wettbewerbswidrigem Verhalten und „Winner-takes-all“-Marktkräften bei Online-Diensten herzustellen. Während einige Arten von wettbewerbswidrigem Verhalten aus klassischen Wettbewerbsfällen bekannt seien, hätten datengetriebene mehrseitige Plattformen neue Wege der Kopplung, Bündelung und Selbstreferenzierung gefunden, die neue Herausforderungen darstellten. Ihr Bericht untersucht diese Verhaltensweisen in spezifischen Kontexten, u.a. in Online-Werbung und mobilen Ökosystemen. Der Bericht erörtert Möglichkeiten, wie wertvolle Daten, die von Plattformen gesammelt werden, für wettbewerbsfördernde Zwecke und zum Wohle der Gesellschaft genutzt werden können.

<https://ec.europa.eu/jrc/en/publication/eu-digital-markets-act>

### **Rat; Einigung auf Mandat für die ePrivacy-Verordnung**

Die Mitgliedstaaten haben sich im Rat am 10.02.2021 auf eine gemeinsame Position zum Vorschlag für eine Verordnung über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/58/EG (sog. ePrivacy-Verordnung) geeinigt und dem PTL-Ratsvorsitz das Mandat für Kompromissverhandlungen mit dem EP erteilt. Die Kommission hatte den Vorschlag im Januar 2017 vorgelegt. Das EP hatte seine Position bereits im Oktober 2017 formuliert. Die Verordnung soll die Datenschutzgrundverordnung als Lex specialis im Hinblick auf elektronische Kommunikationsdaten, die als personenbezogene Daten einzustufen sind, präzisieren und ergänzen. Das Dossier war lange Zeit im Rat blockiert. Auch DEU war es im letzten Halbjahr unter seinem Ratsvorsitz nicht gelungen, eine Position des Rates zu erzielen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6087-2021-INIT/en/pdf>

### **Kommission; Fahrplan zur Mitteilung über die Digitale Dekade 2030**

Die Kommission hat am 10.02.2021 einen Fahrplan zu ihrer geplanten Mitteilung „Europas digitale Dekade – digitale Ziele für 2030“ veröffentlicht und bis zum 09.03.2021 zur Kommentierung geöffnet. Danach wird die Mitteilung darstellen, wie nach Aufforderung der Kommission eine digitale Transformation in Europa bis 2030 gelingen werde. Dafür sollen die Anstrengungen in vier Feldern verstärkt werden: Kapazitäten aufbauen im Bereich digitale Infrastruktur und digitale Fähigkeiten, sowie die Förderung des digitalen Wandels in der Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung. Als konkrete Maßnahmen zieht die Kommission in Betracht: die Definition gemeinsamer digitaler Ziele, die Erarbeitung einer Charta digitaler Prinzipien im Dienste des Menschen sowie die Entwicklung eines Prozesses, der zu einem „Digitalen Kompass“ führt. Zu dem Kompass soll eine „Governance-Struktur“ zur Überwachung („Monitoring“) der Ziele und Fortschritte sowie ein Rahmen für gemeinsame Projekte mehrerer Mitgliedstaaten zur Förderung wichtiger Technologien zählen. Die Mitteilung wird eine breite öffentliche Konsultation zu dem Thema einleiten.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12900-Europe-s-digital-decade-2030-digital-targets>

### **Kommission; Empfehlungen zu Cybersicherheit beim autonomen Fahren**

Die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (Joint Research Centre – JRC) und die EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA) haben am 11.02.2021 einen Bericht

zu Cybersicherheitsrisiken im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz (KI) in autonomen Fahrzeugen vorgelegt. Zu den Risiken zählen nicht nur unbeabsichtigte Fehlfunktionen der Technik, sondern auch manipulative Eingriffe von Dritten. Der Bericht befürwortet einen Security-by-Design-Ansatz bei der Entwicklung von KI-Funktionen in autonomen Fahrzeugen, bei dem die Cybersicherheit ein zentrales Element des Fahrzeugdesigns wird. Das bedeutet, dass Sicherheitsanforderungen von der ersten Phase der Produktentwicklung an berücksichtigt werden. Außerdem werden systematische Sicherheits- und Risikobewertungen von KI-Komponenten vor und während des Entwicklungsprozesses empfohlen. Schließlich soll eine „KI-Sicherheitskultur“ in der gesamten Lieferkette der Automobilindustrie entstehen, in der alle an der Produktentwicklung beteiligten Akteure über ausreichende Cybersicherheits-Kenntnisse verfügen. Die Branche wird auch aufgefordert, sich auf entstehende KI-bezogene Sicherheitsrisiken besser vorzubereiten und die Reaktionsfähigkeit auf neue Risiken zu erhöhen.

<https://ec.europa.eu/jrc/en/publication/eur-scientific-and-technical-research-reports/cybersecurity-challenges-uptake-artificial-intelligence-autonomous-driving>

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Innovation; Einigung über Europäisches Innovationsinstitut EIT**

Rat, Kommission und EP haben am 28.01.2021 eine vorläufige Einigung im Trilogverfahren über eine Verordnung zum Europäischen Innovationsinstitut EIT erzielt. Die deutsche Ratspräsidentschaft hatte in vielen Sitzungen den Weg für die Einigung bereitet, die von der portugiesischen Präsidentschaft finalisiert wurde. Damit wird das EIT an das Rahmenprogramm Horizont Europa angepasst. Mit einem Budget von fast 3 Mrd. EUR wird das EIT Innovationen fördern. Dies entspricht laut Kommission einer Erhöhung von knapp 600 Mio. Euro im Vergleich zur aktuellen Förderperiode. Forschungskommissarin Mariya Gabriel begrüßte die Einigung und betonte, seit seiner Gründung 2008 leiste das EIT einen wertvollen Beitrag zur Förderung der Innovationsökosysteme in der EU. Die Kommission betonte in einer Stellungnahme zudem, dass das EIT in den kommenden Jahren zwei neue Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KICs) ins Leben rufen werde: eine im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft (CCSI) und eine im Bereich der Wasser-, Meeres- und maritimen Sektoren und Ökosysteme. Durch eine neue Pilotinitiative soll zudem die unternehmerische und innovative Kapazität von Hochschuleinrichtungen unterstützt werden. Rechtsgrundlage des EIT bleibt die EIT-Verordnung, die seine Ziele und Hauptaufgaben festlegt. In der Strategischen Innovationsagenda 2021-2027 werden die Strategie und die Prioritäten des EIT für den nächsten Programmplanungszeitraum, seine Ziele, Leitaktionen, Tätigkeiten, Arbeitsweise und erwartete Auswirkungen dargelegt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_207](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_207)

### **Rat; Forschung; Aktuelle Forschungspolitik; Horizont Europa; Forschungsraum**

Am 03.02.2021 hat die PTL Ratspräsidentschaft den ersten informellen Rat für Forschung ausgerichtet und mit einer Online-Auftaktveranstaltung für das neue Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa am Vortag verbunden. Der PTL Wissenschaftsminister Manuel Heitor widmete die Sitzung dem neuen Rahmenprogramm Horizont Europa, für das die EU-weiten Bestimmungen in den letzten Wochen – bis auf einige Details – finalisiert worden waren. Im Fokus der Debatte der Ministerinnen und Minister standen u.a. die Aspekte Europäische Hochschulnetzwerke und deren Funktionsweise in den nächsten Jahren, die aus Sicht

des Vorsitzes nötige bessere Datenerhebung zu Forschenden, v.a. mit Blick auf deren Mobilität innerhalb der EU, und der Verhaltenskodex für die Rekrutierung von Forschern. Zu diesem Kodex erwarten der PTL Vorsitz und die Ratsdelegationen ein Update binnen eines Jahres durch die Kommission. Der Kodex zielt auf gerechte und transparente Auswahlbedingungen von Forschenden ab. Viele Mitgliedstaaten (MS) sprachen sich in der Sitzung für bessere Arbeitsbedingungen für Forschende aus. Die Kommissarin lancierte auf der Sitzung die Vorarbeiten zum neu geplanten „Pakt für Forschung und Innovation“, der alsbald mit allen MS geschlossen werden soll. Der Pakt soll Investitionsquoten in Forschung und Innovation vorgeben, wertebasiert vorzugehen und Ausgaben zu priorisieren, v.a. für Klimaschutz und Digitalisierung. Die Kommissarin bewarb zudem ihren Vorschlag, ein neues Forum („Transition Forum“) für den Europäischen Forschungsraum (ERA) einzurichten. Minister Heitor warb abschließend dafür, neben den Forscherkarrieren auch dem Aspekt Wissenstransfer aus der Forschung hin zur Wirtschaft einen besonderen Stellenwert zu widmen. Kommissarin Gabriel lobte in der aktuellen Pandemiesituation den Start von Horizont Europa mit Blick auf dessen Agilität: das Programm sehe insbesondere als Novum den Innovationsrat vor (EIC). Während der Pilotphase sei es den Begünstigten des EIC gelungen, fast 5 Mrd. EUR von externen Investoren einzuwerben. Kommissarin Gabriel begrüßte, dass die EU-Finanzierung die Unternehmen BioNTech und CureVac bei der Entwicklung der neuen Generation von Impfstoffen unterstützt hat, sowohl durch Zuschüsse aus früheren Rahmenprogrammen als auch durch Darlehen, die über die EIB (Europäische Investitionsbank) bereitgestellt wurden.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210203-horizont-europa\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210203-horizont-europa_de)

### **KOM; Europäischer Forschungsrat; neue Ausschreibungen**

Der Europäische Forschungsrat (ERC) wird alsbald neue Ausschreibungen für die renommierten ERC-Grants für exzellente Forschende in Europa veröffentlichen. Der ERC ist ein fester Bestandteil im ersten Pfeiler von Horizont 2020, dem aktuellen Forschungsrahmenprogramm der EU. Es ist laut den aktuellen Entwürfen der Ausschreibungen für den ERC damit zu rechnen, dass rund 1000 Projekte finanziert werden können. Die ERC Starting Grants können voraussichtlich vom 25.02.21 bis 24.03.21 und die Consolidator Grants von 11.03.21 bis 20.04.21 beantragt werden. Die renommierten und begehrten ERC Ausschreibungen sind stark überzeichnet. Aktuell sind ca. 12% der Anträge erfolgreich.

<https://erc.europa.eu/news/promoting-attractive-research-careers-across-europe>

## Finanzdienstleistungen

### **Rat; Verabschiedung neuer Regeln bezüglich LIBOR-Einstellung**

Der Rat hat am 02.02.2021 Änderungen an der sogenannten Benchmark-Verordnung zur Beendigung von Finanz-Benchmarks angenommen. Die Änderungen wurden vor dem Hintergrund des erwarteten Auslaufens des Londoner Interbank Offered Rate (LIBOR) bis Ende 2021 vorgenommen. Ziel der neuen Vorschriften sei es, die Rechtsunsicherheit zu verringern und Risiken für die Finanzstabilität zu reduzieren. Durch die Vorschriften soll sichergestellt werden, dass eine gesetzliche Ersatzrate eingeführt werden kann, wenn ein systemrelevanter Benchmark nicht mehr verwendet wird. Durch den neuen Rahmen soll die Kommission u.a. künftig befugt sein, sogenannte „kritische Benchmarks“, die die Stabilität der Finanzmärkte in der EU beeinträchtigen könnten, sowie andere relevante Benchmarks zu ersetzen, wenn ihre Beendigung zu erheblichen Funktionsstörungen auf den EU-Finanzmärkten führen könnte. Die Kommission soll zudem in die Lage versetzt werden, Benchmarks aus

Drittländern zu ersetzen, wenn ihre Einstellung zu einer erheblichen Störung hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der EU-Finanzmärkte führen könnte oder dadurch ein systemisches Risiko für das Finanzsystem in der EU entstehen würde.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/02/02/financial-benchmarks-council-adopts-new-rules-addressing-libor-cessation/>

### **Kommission; Positive Reaktion auf IPSF-Mitgliedschaft des GBR-Finanzministeriums**

Die Kommission hat am 03.02.2021 eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der sie die Mitgliedschaft des britischen Finanzministeriums in der Internationalen Plattform für nachhaltige Finanzen (IPSF) begrüßt. Im Rahmen der internationalen Bemühungen zur Erfüllung der Verpflichtungen des Pariser Abkommens wurde die IPSF im Oktober 2019 gegründet. Die IPSF ist ein multilaterales Forum des Dialogs zwischen politischen Entscheidungsträgern, das sich insbesondere auf Initiativen in den Bereichen Taxonomien, Offenlegungen, Standards und Kennzeichnungen konzentriert, die für Investoren von grundlegender Bedeutung sind, um weltweit Investitionsmöglichkeiten zu identifizieren und zu nutzen, die zu Klima- und Umweltzielen beitragen.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/business\\_economy\\_EUR/banking\\_and\\_finance/documents/210203-press-release-ipsf-uk\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/business_economy_EUR/banking_and_finance/documents/210203-press-release-ipsf-uk_en.pdf)

### **EZB; Verlängerung der befristeten EUR-Liquiditätslinien bis März 2022**

Wie die Europäische Zentralbank (EZB) am 04.02.2021 bekannt gab, hat sie bereits im Dezember 2020 beschlossen, Zentralbanken außerhalb des EUR-Raums eine neunmonatige Verlängerung ihrer temporären Swap- und Repo-Linien anzubieten. Die Zentralbanken von Albanien, KRO, HUN, der Republik Nordmazedonien, ROM, San Marino und Serbien haben nunmehr zugestimmt, die Laufzeit ihrer EUR-Liquiditätslinien mit der EZB bis März 2022 zu verlängern. Die Linien wurden Anfang 2020 eingerichtet, um Finanzinstituten in den jeweiligen Ländern über die entsprechenden nationalen Zentralbanken EUR-Liquidität zur Verfügung zu stellen. Das Ziel dieser EUR-Liquiditätslinien ist es, einen möglichen EUR-Liquiditätsbedarf in Ländern außerhalb des EUR-Raums bei Marktstörungen aufgrund der COVID-19-Pandemie zu decken. Darüber hinaus sollen sie Rückkopplungseffekte auf die Finanzmärkte und Volkswirtschaften des EUR-Raums verhindern. Die temporären EUR-Liquiditätslinien waren zuvor bis Juni 2021 befristet worden.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210204-f8f544a715.de.html>

### **EZB; Zentralbanken des EUR-Systems verständigen sich auf Anlageprinzipien bei nachhaltigen Investments**

Die EZB hat am 04.02.2021 bekannt gegeben, dass die Zentralbanken des EUR-Systems sich auf eine gemeinsame Haltung hinsichtlich der mit dem Klimawandel verbundenen Anlageprinzipien für auf EUR lautende nicht geldpolitische Portfolios verständigt haben. Für das gemeinsame Abkommen seien umfangreiche Vorbereitungsarbeiten innerhalb des EUR-Systems notwendig gewesen. Inhaltlich habe es von der Analyse des Netzwerks zur Ökologisierung des Finanzsystems (NGFS) profitiert und stehe im Einklang mit seinen Empfehlungen. Die Verständigung soll einen Beitrag zum Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und zu den EU-Klimazielen leisten. Auch soll sie das Bewusstsein und das Verständnis für Klimarisiken stärken und gleichzeitig klimabezogene Angaben fördern. Das EUR-System beabsichtigt, innerhalb der nächsten zwei Jahre jährlich klimabezogene Angaben für diese Arten von Portfolios zu machen.

[https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210204\\_1~a720bc4f03.de.html](https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210204_1~a720bc4f03.de.html)

### **EP; EZB soll sich auf drohende wirtschaftliche Schwierigkeiten vorbereiten**

Das EP fordert die Europäische Zentralbank (EZB) in einer Entschließung auf, andere politische Maßnahmen als die derzeitigen einzusetzen, um die EU-Wirtschaft anzukurbeln. Die Verabschiedung der Entschließung folgte auf die Aussprache mit EZB-Präsidentin Lagarde am 08.02.2021 anlässlich der Vorstellung des EZB-Jahresberichtes 2020 und wurde mit 533 Stimmen bei 94 Gegenstimmen und 63 Enthaltungen angenommen. Ein Großteil der MdEP zeigte sich besorgt über den drohenden wirtschaftlichen Abschwung, der sowohl Maßnahmen der EZB als auch Reformen und steuerliche Maßnahmen der Mitgliedstaaten erfordere. Die EZB solle ihrerseits prüfen, ob im Rahmen ihres Mandats andere politische Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaft eingesetzt werden können. In der Entschließung wird die EZB auch aufgefordert, die regionalen und sektorspezifischen Auswirkungen ihrer Politik zu bewerten, ebenso wie deren Auswirkungen auf die Generationengerechtigkeit. Außerdem wird eine breitere Methode zur Inflationmessung gefordert, da die derzeitige Methode den Anteil der Wohnkosten nicht ausreichend berücksichtige, was zu einer Unterschätzung der Inflation im EUR-Währungsgebiet führe. Die Entschließung verfolgt weiterhin das Ziel, dass die EZB den Klimawandel bei ihren Tätigkeiten besser berücksichtigt und insbesondere ihren Sicherheitsmaßnahmen an die Risiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel anpasst.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210204IPR97112/ezb-soll-sich-auf-drohende-wirtschaftliche-schwierigkeiten-vorbereiten>

## Finanzen

### **Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Steuervorschriften für im Ausland gekauften Alkohol und Tabak**

Am 29.01.2021 veröffentlichte die Kommission ihre Konsultation zur Überarbeitung der Steuervorschriften für im Ausland gekauften Alkohol und Tabak. Die dafür geltenden EU-Vorschriften für den grenzüberschreitenden Erwerb von alkoholischen Getränken und Tabakwaren durch Privatpersonen werden derzeit überprüft, um zu gewährleisten, dass sie weiterhin zweckmäßig sind, um die Ziele „öffentliche Einnahmen“ und „Gesundheitsschutz“ in Einklang zu bringen. Dies sei besonders wichtig im Zusammenhang mit dem Europäischen Aktionsplan zur Krebsbekämpfung, da die Besteuerung eine entscheidende Rolle bei der Verringerung des Alkohol- und Tabakkonsums spiele, insbesondere wenn es darum gehe, junge Menschen vom Rauchen und vom Alkoholmissbrauch abzuhalten. Mit dieser bis zum 23.04.2021 andauernden öffentlichen Konsultation soll sichergestellt werden, dass alle einschlägigen Interessenträger die Gelegenheit haben, sich zu den geltenden Vorschriften zu äußern.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12650-Cross-border-acquisitions-of-excise-goods-by-private-individuals/public-consultation>

### **Kommission; Stellungnahme zum Fahrplan der Initiative gegen die Mehrwertsteuerlücke möglich**

Am 03.02.2021 veröffentlichte die Kommission ihre steuerliche Initiative „Vorsicht Mehrwertsteuerlücke“ samt dazugehörigem Fahrplan. Diese zielt darauf ab, noch im ersten Quartal 2021 eine Mitteilung zu veröffentlichen, um den Mitgliedstaaten durch den Austausch bewährter Verfahren und die Unterstützung ihrer Umsetzung dabei zu

helfen, ihre Mehrwertsteuerlücke zu verringern. Die Erfahrungen einiger Länder zeigen, dass die Mehrwertsteuerlücke durch wirksame Maßnahmen der Steuerbehörden deutlich verringert werden kann. Die Mehrwertsteuerlücke (Differenz zwischen den erwarteten und den tatsächlichen Mehrwertsteuereinnahmen) belief sich im Jahr 2018 in der EU auf rund 140 Mrd. EUR und könnte aufgrund von COVID-19 über 160 Mrd. EUR betragen. Die Kommission nimmt bis zum 03.03.2021 online Rückmeldungen zu ihrem Fahrplan entgegen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12816-Mind-the-VAT-Gap>

### **Kommission; Konsultation zur Überprüfung der MwSt-Regeln für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen**

Am 08.02.2021 leitete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Mehrwertsteuerregeln für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ein. Aus Sicht der Kommission wird bisher kritisiert, dass die derzeitigen Mehrwertsteuervorschriften für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen zu komplex sind, ihre Anwendung zu schwierig ist und sie nicht mit der Entwicklung neuer Dienstleistungen in dieser Branche Schritt gehalten haben. Dies scheint zu mangelnder Mehrwertsteuer-Neutralität, Rechtsunsicherheit für Unternehmen sowie hohen Verwaltungs- und Regulierungskosten geführt zu haben. Im Rahmen der Initiative soll auf diese Aspekte eingegangen werden. Die Konsultation läuft bis zum 03.05.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12671-Review-of-the-VAT-rules-for-financial-and-insurance-services>

### **EP; Große Zustimmung zur Aufbau- und Resilienzfazilität**

Am 10.02.2021 stimmte das EP für die Aufbau- und Resilienzfazilität. Sie soll den Mitgliedstaaten (MS) helfen, die Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Das EP hat die Verordnung zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität mit 582 zu 40 Stimmen bei 69 Enthaltungen angenommen. Festgelegt sind darin nicht nur die Ziele und die Finanzierung des Instruments, sondern auch die Regeln für den Zugriff auf die Fördermittel. Die Aufbau- und Resilienzfazilität ist der größte Baustein des insgesamt 750 Mrd. EUR schweren Aufbauplans NextGenerationEU. Zuschüsse und Kredite in Höhe von 672,5 Mrd. EUR sollen den MS dabei helfen, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie zu mindern. Um die Mittel in Anspruch nehmen zu können, müssen die MS Aufbau- und Resilienzpläne vorlegen, für die sie dann eine Vorfinanzierung von bis zu 13% beantragen können. Die Fördergelder können nur ausbezahlt werden, wenn bei den Plänen der MS die zentralen Politikbereiche der EU im Mittelpunkt stehen. Dazu zählen etwa der Umstieg auf eine umweltfreundliche Wirtschaft und der Artenschutz. Besonderes Augenmerk liegt auch auf dem digitalen Wandel, dem wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und der Wettbewerbsfähigkeit.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210204IPR97105/grunes-licht-fur-672-5-mrd-EUR-coronahilfe>

### **Kommission; EU-Wirtschaftswachstum von 3,7% in 2021 und 3,9% in 2022 prognostiziert**

Die Kommission geht in ihrer am 11.02.2021 veröffentlichten Winterprognose für den Euroraum in 2021 und 2022 jeweils von einem Wachstum in Höhe von 3,8% aus. Für die EU-Wirtschaft wird 2021 ein Wachstum von 3,7% und 2022 ein Wachstum von 3,9% prognostiziert. Nach einem kräftigen Zuwachs im dritten Quartal 2020 war die Konjunktur im vierten Quartal abermals rückläufig, da die zweite Welle der Pandemie neue Einschränkungen mit sich brachte. Da diese noch fortbestehen, dürfte die

Wirtschaft der EU und des Euroraums im ersten Quartal 2021 schrumpfen. Im Frühjahr dürfte dann wieder ein Wachstum einsetzen, das im Sommer in dem Maße Fahrt aufnehmen wird, wie die Impfkampagnen voranschreiten und die Einschränkungen allmählich gelockert werden. Der Prognose zufolge wird die Inflation im Euroraum von 0,3% im Jahr 2020 auf 1,4% im Jahr 2021 anziehen, bevor sie sich im Jahr 2022 leicht auf 1,3% abschwächt. Gegenüber der Herbstprognose wurde die Inflationserwartung für den Euroraum damit für 2021 leicht hochgeschraubt, bleibt insgesamt aber weiterhin niedrig.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip144\\_en\\_1.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip144_en_1.pdf)

## S o z i a l e s

### **EuGH; Gesetz zur notwendigen Anerkennung von Hafendarbeit kann mit Unionsrecht vereinbar sein**

Der EuGH hat am 11.02.2021 ein Urteil in der Rechtssache C-407/19 gefällt. Gegenstand ist eine Regelung im belgischen Recht, nach der Hafendarbeit nur von anerkannten Hafendarbeitern verrichtet werden kann. Die Kommission hatte hierzu ein Mahnschreiben an BEL gerichtet, dass diese Regelung die Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV) verletze. Mit einem Erlass erfolgte dort 2016 eine Neuregelung und Einstellung des Vertragsverletzungsverfahrens. In ihrem Urteil hielten die Richterinnen und Richter fest, dass die geforderte Sicherheitsbescheinigung prinzipiell mit den EU-Freiheiten vereinbar sei. Hierfür müssten die Bedingungen für die Ausstellung einer solchen Bescheinigung jedoch erforderlich und verhältnismäßig sein und das Verfahren für ihre Einholung keinen unzumutbaren und unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand erfordern.

[https://curia.europa.eu/jcms/jcms/p1\\_3429901/de/](https://curia.europa.eu/jcms/jcms/p1_3429901/de/)

## G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

### **Kommission; SAMIRA-Aktionsplan für medizinische Anwendungen der Nuklear- und Strahlentechnologie vorgestellt**

Die Kommission hat am 05.02.2021 den SAMIRA-Aktionsplan für medizinische Anwendungen der Nuklear- und Strahlentechnologie vorgestellt. Bei SAMIRA handelt es sich um das erste Maßnahmenpaket zur Umsetzung des EU-Plans gegen Krebs. Ziel ist es, die Versorgung mit Radioisotopen für medizinische Zwecke sicherzustellen, die Strahlenqualität und -sicherheit in der Medizin zu verbessern sowie Innovationen und technologische Entwicklung in diesem Bereich zu fördern. Dies will die Kommission mit drei zentralen Maßnahmen vorantreiben: Der Gründung eines Exzellenzzentrums für Radioisotope (ERVI); einer Europäischen Initiative für Qualität und Sicherheit medizinischer Anwendungen ionisierender Strahlung sowie der Entwicklung und Umsetzung eines Forschungsfahrplans in Synergie mit dem Euratom-Programm für Forschung und Ausbildung und dem Cluster „Gesundheit“ des EU-Forschungsprogramms Horizont Europa. Die EU ist aktuell weltweit führend bei der Lieferung mit medizinischen Radioisotopen und verfügt über einen Marktanteil von mehr als 60%.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_265](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_265)



(7%) in die Umwelt der EU gelangen. Durch die Reduzierung dieser Bleiverschmutzung, die für den vorzeitigen Tod von rund einer Million Wasservögeln pro Jahr verantwortlich sei, soll die Maßnahme zum Umweltschutz in der EU beitragen.  
[https://ec.europa.eu/germany/news/20210125-wildtiere-blei\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210125-wildtiere-blei_de)

### **Kommission; Konsultation zur neuen EU-Bodenstrategie**

Am 02.02.2021 rief die Kommission zur öffentlichen Konsultation zu einer für das zweite Quartal 2021 geplanten Mitteilung für eine neue EU-Bodenstrategie auf, die im Rahmen der EU-Biodiversitätsstrategie die derzeitige Strategie zur Bekämpfung der Bodenverschlechterung und zur Erhaltung der Bodenressourcen aktualisieren soll. Die Initiative zielt auf den Schutz der Bodenfruchtbarkeit, die Verringerung von Erosion und Versiegelung, die Steigerung des Gehalts an organischer Substanz, die Ermittlung von kontaminierten Flächen, die Sanierung geschädigter Böden und eine Definition des Begriffs „guter ökologischer Zustand“ für Böden ab. Die Frist für Rückmeldungen endet am 27.04.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12634-New-EU-Soil-Strategy-healthy-soil-for-a-healthy-life>

### **EuGH; Urteil zum Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen**

Am 20.01.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-619/19, Land Baden-Württemberg, zum Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen im Zusammenhang mit dem Projekt „Stuttgart 21“. Das Staatsministerium Baden-Württemberg hatte die Herausgabe von Dokumenten auf Antrag eines Bürgers verweigert und damit von einer Ausnahmeregelung für interne Mitteilungen Gebrauch gemacht. Der EuGH urteilte, dass die Richtlinie über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen dahingehend auszulegen sei, dass der Begriff „interne Mitteilungen“ alle Informationen erfasst, die innerhalb einer Behörde im Umlauf sind und die zum Zeitpunkt der Stellung des Antrags auf Zugang den Binnenbereich dieser Behörde nicht verlassen haben. Diese Ausnahme sei grundsätzlich zeitlich unbegrenzt. Die Verweigerung des Zugangs zu Umweltinformationen aus dem Grund, dass sie in einer internen Mitteilung enthalten ist, muss jedoch stets auf einer Abwägung der in jedem Einzelfall in Rede stehenden Interessen beruhen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=236684&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1>

### **EuGH; Verstoß HUN gegen EU-Rechtsvorschriften zur Luftqualität**

Am 03.02.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-637/18, betreffend die Überschreitung von PM10-Grenzwerten, dass HUN gegen seine Verpflichtungen verstoßen habe, dafür Sorge zu tragen, dass in seinem gesamten Hoheitsgebiet der Tagesgrenzwert für PM10-Partikel eingehalten und der Zeitraum der Überschreitung dieses Grenzwertes so kurz wie möglich gehalten wird. Vorangegangen war eine Vertragsverletzungsklage der Kommission. Die konkreten Vorwürfe der Kommission betrafen die Überschreitung der Tagesgrenzwerte für PM10-Partikel, zum einen seit dem 01.01.2005 im Gebiet Budapest und im Sajó-Tal und zum anderen seit dem 11.06.2011 (mit Ausnahme des Jahres 2014) im Gebiet Pécs, und zwar bis einschließlich des Jahres 2017 in allen drei betroffenen Gebieten.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-02/cp210012de.pdf>

### **EP; Entschließung zu neuem Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft**

Am 09.02.2021 nahm das EP mit großer Mehrheit eine Entschließung in Reaktion auf den von der Kommission vorgelegten neuen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft an. Die Abgeordneten betonten, dass verbindliche EU-Ziele für 2030 benötigt würden, mit denen der Materialverbrauch und der mit dem Konsum verbundene Fußabdruck

erheblich verringert werden. Diese sollen den gesamten Produktlebenszyklus aller Erzeugnisse abdecken, die auf den EU-Markt gebracht werden. Sie forderten die Kommission außerdem auf, produkt- bzw. branchenspezifische verbindliche Ziele für den Rezyklatanteil einzuführen und noch im Jahr 2021 eine neue Gesetzgebung vorzulegen, um den Geltungsbereich der Ökodesign-Richtlinie so zu erweitern, dass auch Produkte ohne Energiebezug erfasst werden. Darin sollen demnach produktspezifische Vorgaben festgelegt werden, damit die in der EU auf den Markt gebrachten Produkte gut funktionieren, langlebig und wiederverwendbar sind, leicht repariert werden können, nicht toxisch sind, aufgerüstet und recycelt werden können, recycelte Inhalte enthalten und ressourcen- und energieeffizient sind.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210204IPR97114/circular-economy-meps-call-for-tighter-eu-consumption-and-recycling-rules>

### **Kommission; Konsultation zu neuen Vorschriften zur Verhinderung des Austretens von Methan im Energiesektor**

Die Kommission startete am 05.02.2021 eine öffentliche Konsultation zu einem Vorschlag für eine für das vierte Quartal 2021 geplante Verordnung, mit der angesichts der klimaschädlichen Wirkung von Methanemissionen, insbesondere in Bezug auf die globale Erwärmung, das Austreten von Methan im Energiesektor möglichst verhindert werden soll. Die neue Strategie soll verbindliche Regeln zur Überwachung, Meldung, Überprüfung und Erkennung eines möglichen Methanaustritts sowie zu den erforderlichen Reparaturen im Energiesektor für 2021 enthalten und die Verwirklichung ehrgeizigerer EU-Klimaziele bis 2030 und der Klimaneutralität bis 2050 unterstützen. Die Frist für Rückmeldungen endet am 01.05.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12581-Proposal-for-a-legislative-act-on-methane-leakage-in-the-energy-sector>

### **EP; Umweltausschuss verabschiedet Resolution zu CO2-Grenzausgleichsmechanismus**

Am 05.02.2021 verabschiedete der Umweltausschuss einen Bericht über einen WTO-kompatiblen EU-Mechanismus zum CO2-Grenzausgleich. Die Entschließung unterstreicht, dass die EU-Maßnahmen gegen den Klimawandel nicht dazu führen dürfen, dass CO2-intensive Industrie in andere Länder abwandert. Die Abgeordneten unterstützen daher die Einführung eines WTO-kompatiblen CO2-Grenzausgleichssystems für alle importierten Produkte, die unter das EU-Emissionshandelssystem fallen. Dieses würde es ermöglichen, Kohlenstoffabgaben für die Einfuhr bestimmter Waren aus den Ländern zu verhängen, in denen weniger strenge Emissionsvorschriften gelten. Dies würde auch außerhalb der EU einen Anreiz schaffen, im Einklang mit den europäischen Emissionsregeln zu produzieren. Der Mechanismus sollte jedoch nicht für Protektionismus missbraucht werden und eine Alternative zu bestehenden Maßnahmen, wie der freien Zuteilung von Zertifikaten darstellen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210201IPR96812/klimaneutralitat-co2-grenzausgleich-fur-eu-importe>

### **Kommission; Konsultation zur Änderungen von EU-Vorschriften über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt**

Am 08.02.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einem Vorschlag für eine Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt. Ziel sei es, die Umwelt durch strafrechtliche Bestimmungen, angemessene Sanktionen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu schützen. Im Rahmen dieser Initiative sollen vor allem der Anwendungsbereich der Richtlinie, die Art und Höhe der Sanktionen, die justizielle Zusammenarbeit, die organisierte Kriminalität, die Erhebung

statistischer Daten und die praktische Strafverfolgung überprüft werden. Der Initiative ging eine Bewertung der Richtlinie durch die Kommission voraus, in der festgehalten wurde, dass die darin festgehaltenen Ziele nicht erreicht wurden. Die Frist für Rückmeldungen endet am 03.05.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12779-Improving-environmental-protection-through-criminal-law>

## L a n d w i r t s c h a f t

### **Kommission; Konsultation zu Vorschriften für die Zusammenstellung statistischer Daten über die Landwirtschaft in der EU**

Die Kommission stellte am 02.02.2021 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Aktualisierung von Vorschriften für die Zusammenstellung statistischer Daten über die Landwirtschaft in der EU, einschließlich des ökologischen/biologischen Sektors, zur Konsultation. Die Initiative umfasst landwirtschaftliche Betriebsmittel und die landwirtschaftliche Erzeugung (z.B. Kulturpflanzen und Tiere, Pestizide, Nährstoffe, Agrarpreise) und zielt darauf ab, die Übermittlung dieser Daten an die Kommission durch die EU-Staaten und den Vergleich der erhobenen Daten zu erleichtern sowie den neuen Datenbedarf zu berücksichtigen. Rückmeldungen sind bis zum 31.03.21 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12257-Statistics-on-Agricultural-Input-and-Output>

### **Kommission; Konsultation zu EU-Vorschriften für Düngeprodukte**

Am 02.02.2021 stellte die Kommission einen Entwurf für eine Delegierte Verordnung zur Aktualisierung technischer Anhänge der Verordnung (EU) 2019/1009 zur Konsultation. Diese soll ab dem 16.07.2022 gelten und sicherstellen, dass nur Düngeprodukte, die die Effizienz- und Sicherheitsanforderungen erfüllen, in der gesamten EU frei verkauft werden können. Die aktualisierten technischen Anhänge sollen hierbei EU-Ländern und der Industrie bei der Anwendung der Vorschriften helfen. Die Annahme der Verordnung durch die Kommission ist für das erste Quartal 2021 geplant. Rückmeldungen sind bis zum 16.03.2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12135-Technical-amendments-to-the-annexes-to-the-Fertilising-Products-Regulation>

### **Kommission; Konsultation zur Verlängerung des Schutzes der Pflanzenzüchterrechte für einige Arten**

Die Kommission stellte am 03.02.2021 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Verlängerung des Schutzes der Züchterrechte für einige Pflanzenarten zur Konsultation. Die Kommission hatte zuvor untersucht, ob für die betreffenden Arten technische Probleme bei der Züchtung bestehen, die Forschungsausgaben über einen langen Zeitraum erfordern, ob die Vermehrung von Vermehrungsmaterial eine lange Zeit in Anspruch nimmt, ob die neuen Sorten erst langfristig einen Handelswert aufweisen und ob die Rendite auf Investitionen in Forschungstätigkeiten verglichen mit anderen Gartenbau- oder landwirtschaftlichen Kulturen erst in einem relativ späten Stadium des Schutzes anfällt. Die durchgeführte Analyse habe ergeben, dass die Schutzdauer für die Art Spargel und für die Artengruppen Blumenzwiebeln, kleinfruchtige Sträucher und Ziergehölze um fünf Jahre verlängert werden sollte, damit ein rechtliches Umfeld geschaffen werden kann, das eine faire Wiedererwirtschaftung von Forschungs- und Züchtungsausgaben ermöglicht. Rückmeldungen sind bis zum 02.04.2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12893-Extension-of-the-duration-of-Community-Plant-Variety-Rights-for-certain-species->

### **Kommission; Studie zu Auswirkungen der GAP auf die Böden**

Die Kommission veröffentlichte am 04.02.2021 eine Studie, die darauf abzielte, Aktivitäten, die sich auf die Bodenqualität auswirken, zu identifizieren und die Umsetzungsentscheidungen auf der Ebene der Mitgliedstaaten (MS) mit Auswirkungen auf die Bodenqualität und -produktivität zu überprüfen. Die Studie kommt unter anderem zu dem Schluss, dass es durch die GAP Anforderungen zur Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln durch die Unterstützung des ökologischen Landbaus und durch das Verbot ihres Einsatzes in ökologischen Schwerpunktgebieten gäbe. Darüber hinaus haben die „Cross-Compliance“-Vorschriften dazu beigetragen, den Einsatz von Düngemitteln in nitratgefährdeten Gebieten zu begrenzen. Untersucht wurden die Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz und Kohärenz sowie der EU-Mehrwert der GAP-Instrumente und -Maßnahmen, die sich mit nachhaltigem Bodenmanagement und Bodenqualität befassen. Die Analyse deckte den Zeitraum ab dem 01.01.2014 in allen MS ab.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/85bd465d-669b-11eb-aeb5-01aa75ed71a1/language-en>

### **Kommission; Konsultation zur Änderung von Vorschriften für die Identifizierung und Registrierung von Pferden**

Die Kommission veröffentlichte am 04.02.2021 einen Entwurf einer Durchführungsverordnung, die das Standard-Identifizierungsdokument für Pferde und ähnliche Tiere, z.B. Esel („Equidenpass“) betrifft. Dieses Dokument wird beim Transport der Tiere in der EU verwendet. Es soll der Identifizierung des Tieres dienen, die Angabe enthalten, ob das Tier für die Erzeugung von Lebensmitteln verwendet wird, als Zuchtbescheinigung dienen und für die Teilnahme an Wettbewerben oder Rennen benötigte Informationen enthalten. Rückmeldungen sind bis zum 04.03.2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11855-Laying-down-rules-on-equine-passports>

### **Kommission; Konsultation zur Überprüfung der Absatzförderungs politik für landwirtschaftliche Produkte**

Am 09.02.2021 veröffentlichte die Kommission Fahrpläne für einen für das erste Quartal 2022 geplanten Vorschlag für eine Verordnung zur Überprüfung der Absatzförderungs politik für landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel aus der EU innerhalb und außerhalb der EU. Derzeit überprüfe die Kommission diese Politik mit dem Ziel, deren Beitrag zu nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Verbrauch zu erhöhen. Berücksichtigt würde dabei auch der Trend hin zu einer stärker pflanzlichen Ernährung mit weniger rotem und verarbeitetem Fleisch und mehr Obst und Gemüse. Rückmeldungen sind bis zum 09.03.2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12782-Information-and-promotion-measures-for-agricultural-and-food-products-in-the-internal-market-and-in-non-EU-countries>

### **Kommission; Bericht über Umsetzung der Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse**

Die Kommission veröffentlichte am 11.02.2021 einen Bericht über die Umsetzung der Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern, der zu dem Schluss kommt, dass die Absatzförderungs politik die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors erhöht und das

Bewusstsein für die hohen Standards von EU-Erzeugnissen, insbesondere auf Drittmärkten, geschärft habe. Hintergrund des Berichts ist die von der Kommission für das Jahr 2021 geplante Überprüfung der Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse, die unter anderem darauf abzielt, neuen EU-Prioritäten, wie dem europäischen Green Deal, Rechnung zu tragen. Der Bericht soll hierbei einen Überblick geben, wie die Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse seit der Reform von 2014 umgesetzt wurden, und enthält Empfehlungen, die in die Überprüfung des Jahres 2021 einfließen sollen.

[https://ec.europa.eu/info/news/commission-publishes-report-implementation-eu-promotion-policy-agri-food-products-2021-feb-11\\_de](https://ec.europa.eu/info/news/commission-publishes-report-implementation-eu-promotion-policy-agri-food-products-2021-feb-11_de)

## J u s t i z

### **Rat; Justizrat – Videokonferenz am 29.01.2021**

Die Justizministerinnen und Justizminister der EU waren am 29.01.2021 zu einer informellen Videokonferenz unter dem Vorsitz der portugiesischen Justizministerin zusammengekommen. Die drei Schwerpunkte des virtuellen Rates waren die Situation von schutzbedürftigen Erwachsenen in Europa, der Schutz geistigen Eigentums sowie die Digitalisierung des Justizbereichs. Diese Themen stellen zugleich die Schwerpunkte der portugiesischen Ratspräsidentschaft dar, die mit dieser Konferenz im Bereich Justiz ihren Auftakt genommen hat. Zeitweise an der Konferenz teilgenommen haben der Kommissar für Justiz und Rechtsstaatlichkeit Didier Reynders sowie die Kommissarin für Inneres Ylva Johansson.

<https://www.2021portugal.eu/en/news/digitalisation-inclusive-justice-and-the-fight-against-counterfeiting/>

### **EuGH; Sanktionsbewehrte Pflicht zur Zusammenarbeit**

Der EuGH hat am 02.02.2021 in der Rechtssache C-481/19 (Consob) entschieden, dass eine natürliche Person, gegen die die Behörden wegen Insidergeschäften ermitteln, das Recht hat zu schweigen, wenn sich aus ihren Antworten ihre Verantwortlichkeit für eine mit Verwaltungssanktionen strafrechtlicher Natur bewehrte Zuwiderhandlung oder ihre strafrechtliche Verantwortlichkeit ergeben könnte. Das Recht zu schweigen kann allerdings nicht jede Verweigerung der Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden rechtfertigen; dies gilt etwa für die Weigerung, zu einer Anhörung zu erscheinen, oder für eine Hinhaltetaktik.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=CCE2D33ADF6D6F00D3914901432CA0ED?text=&docid=237202&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=3833700>

## I n n e r e s

### **EuGH; Schlussanträge – ernsthafte individuelle Bedrohung als Voraussetzung für subsidiären Schutz**

Generalanwalt Priit Pikamäe hat am 11.02.2021 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-901/19 (CF, DN/DEU) vorgetragen. Er vertritt die Ansicht, dass die Richtlinie für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz dahin auszulegen ist, dass sie einer nationalen Praxis entgegensteht, nach der die Feststellung des Vorliegens einer ernsthaften individuellen Bedrohung der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge

willkürlicher Gewalt im Rahmen eines bewaffneten Konflikts in einem Fall, in dem diese Zivilperson nicht aufgrund von ihrer persönlichen Situation innewohnenden Umständen spezifisch betroffen ist, voraussetzt, dass das Verhältnis zwischen der Zahl der Opfer in dem betreffenden Gebiet und der Gesamtzahl der Bevölkerung dieses Gebiets eine bestimmte Schwelle erreicht. Die Überprüfung des Niveaus des Grads willkürlicher Gewalt des bewaffneten Konflikts erfordere eine sowohl quantitative als auch qualitative Gesamtwürdigung aller relevanten Tatsachen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=237647&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4588111>

### **EuGH; nationale Sportverbände und Vergaberecht**

Der EuGH hat am 27.01.2021 in den Rechtssachen C-155/19 und C-156/19 (Federazione Italiana Giuoco Calcio (FIGC) und Consorzio Ge.Se.Av.S.c.arl / De Vellis Servizi Globali Srl) entschieden, dass für einen nationalen Sportverband die Vorschriften über die öffentliche Auftragsvergabe gelten können, sofern er im Allgemeininteresse liegende Tätigkeiten nicht gewerblicher Art ausübt. Ein solcher Verband mit Rechtspersönlichkeit muss jedoch außerdem der Aufsicht einer öffentlichen Einrichtung in dem Sinne unterstehen, dass diese Einrichtung seine Entscheidungen im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe beeinflussen können muss.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=E4C0B67B55497768325879B0A28E97FD?text=&docid=237284&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2857220>

### **Rat; Innen-Rat – Videokonferenz am 28.01.2021**

Im Rahmen einer Videokonferenz der nationalen Innenministerinnen und Innenminister am 28.01.2020 wurden unter PTL Vorsitz drei Themen behandelt: die europäische Migrations- und Asylpolitik, der Schengenraum einschließlich Corona-Reisebeschränkungen und die Zukunft von Europol. Während bei der europäischen Migrations- und Asylpolitik hinsichtlich der Bekämpfung der Fluchtursachen und der Schleuserkriminalität sowie des Grenzschutzes weitgehende Einigkeit besteht und praktische Ergebnisse erzielt werden können, gestalten sich die Verhandlungen über den Solidaritätsmechanismus weiterhin komplex. Bei der polizeilichen Zusammenarbeit wurde beschlossen, den Weg einer intensiveren Kooperation weiter zu beschreiten. Die Corona-Reisebeschränkungen in der EU im Allgemeinen und im Schengenraum im Besonderen werden sich weiterhin einer langfristigen Planung entziehen und situationsbezogen angepasst werden müssen.

<https://www.2021portugal.eu/en/news/european-union-home-affairs-ministers-debate-cooperation-between-member-states/>

### **Rat; Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU**

Der Rat hat am 28.01.2021 die Liste der Länder, für die Reisebeschränkungen aufgehoben werden sollten, aktualisiert. Diese Liste wird weiterhin alle zwei Wochen überprüft und gegebenenfalls aktualisiert. Ab dem 28.01.2021 sollen danach die Reisebeschränkungen an den Außengrenzen für Einwohner der folgenden Drittstaaten schrittweise aufgehoben werden: Australien, Neuseeland, Ruanda, Singapur, Südkorea, Thailand und China (vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit). Die Kriterien zur Bestimmung der Drittstaaten, für die die derzeitige Reisebeschränkung aufgehoben werden sollte, betreffen insbesondere die epidemiologische Lage und die Eindämmungsmaßnahmen, einschließlich räumlicher Distanzierung, sowie wirtschaftliche und soziale Erwägungen. Sie werden kumulativ angewandt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5641-2021-INIT/de/pdf>

### **EuGH; deutsches Regionalwerbeverbot möglicherweise unionsrechtswidrig**

Der EuGH hat mit Urteil vom 03.02.2021 in der Rechtssache C-555/19 entschieden, dass das Verbot, im Rahmen bundesweit ausgestrahlter deutscher Fernsehprogramme Werbung nur regional zu zeigen, gegen das Unionsrecht verstoßen könnte. Das in § 7 Rundfunkstaatsvertrag (RStV) verankerte Verbot bezweckt, den regionalen und lokalen Fernsehveranstaltern die Einnahmen aus der regionalen Fernsehwerbung vorzubehalten und so den Medienpluralismus zu sichern. Diese Maßnahme könnte nach Ansicht des EuGH über das hinausgehen, was erforderlich ist, um den pluralistischen Charakter des Fernsehprogrammangebots zu wahren. Außerdem könnte es zu einer unzulässigen Ungleichbehandlung der nationalen Fernsehveranstalter und der Anbieter von Werbedienstleistungen im Internet führen. Der EuGH weicht damit von den Schlussanträgen vom 15.10.2020 (vgl. BaB 19/2020) insbesondere insoweit ab, als er die Vergleichbarkeit von Fernsehwerbung und Werbung im Internet anders beurteilt. Der Generalanwalt hatte die Auffassung vertreten, Werbung im Internet funktioniere „ganz anders als Fernsehwerbung“. In dem vor dem Landgericht (LG) Stuttgart geführten Ausgangsrechtsstreit verlangt ein Modeunternehmen aus AUT von der Vermarktungsgesellschaft der ProSiebenSat.1 Gruppe, einen Werbespot im Fernsehprogramm „ProSieben“ allein in Bayern ausstrahlen zu lassen, wie vertraglich vereinbart. Als lokal in AUT und Bayern tätiges Unternehmen hat die Klägerin kein wirtschaftliches Interesse an einer bundesweiten Ausstrahlung. Die Beklagte verweigerte die technisch mögliche, regionalisierte Ausstrahlung mit Hinweis darauf, dass dem Sender rundfunkrechtlich die Hände gebunden seien. § 7 Abs. 11 RStV verbietet regionalisierte Werbung im bundesweiten Rundfunk; eine entsprechende Ausnahme wäre rechtlich aufgrund einer Abweichungsbefugnis möglich, der bayerische Landesgesetzgeber hat davon aber keinen Gebrauch gemacht. Das LG Stuttgart möchte vom EuGH wissen, ob die Vorschrift mit dem Unionsrecht vereinbar ist.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-555/19>

## EU – Förderprogramme

### **Europäische Investitionsbank; Ausschreibung für einen Preis für die besten europäischen Sozialunternehmer veröffentlicht**

Am 01.02.2021 hat das Institut der Europäischen Investitionsbank (EIB) die Ausschreibung für die besten europäischen Sozialunternehmer veröffentlicht. Das Social Innovation Tournament (SIT) würdige und unterstütze die besten europäischen Sozialunternehmer. Es fördere innovative Ideen und belohne Initiativen, die dazu beitragen, soziale, ethische oder ökologische Verbesserungen in der Gesellschaft zu schaffen. Typischerweise seien Projekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umwelt, Kreislaufwirtschaft, Inklusion, Schaffung von Arbeitsplätzen, Altern angesprochen. Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des SIT sollen die Gewinnerprojekte in der Allgemeinen Kategorie und der Sonderkategorie mit einem ersten oder zweiten Preis in Höhe von 75.000 EUR bzw. 30.000 EUR und einem Publikumspreis in Höhe von 10.000 EUR ausgezeichnet werden. Im Jahr 2021 werden die Preise der Spezialekategorie an Projekte vergeben, die sich mit nachhaltigem Leben beschäftigen. Zwei Projekte werden ausgewählt, um am Social Entrepreneurship Programm von INSEAD, einer Wirtschaftshochschule in Fontainebleau, FRA, teilzunehmen. Die Preise sollen von einer Jury aus Fachleuten aus Wissenschaft und

Wirtschaft vergeben werden. Der Publikumspreis werde von der Öffentlichkeit auf der Grundlage ihrer Stimmen vergeben. Der Wettbewerb werde in zwei Runden ausgetragen. Ein Auswahlausschuss, der sich hauptsächlich aus Experten der EIB-Gruppe für Innovation, Umwelt und andere relevante Disziplinen zusammensetze, wähle 15 Finalisten aus. Die Finalisten nähmen an einem maßgeschneiderten Trainingsprogramm teil (Mentoring-Bootcamp, E-Training zum Thema Pitching, Einzelcoaching-Sitzungen, Rehearsal-Bootcamp), um ihnen die nötige Anleitung zur Fertigstellung ihrer Vorschläge zu geben und sie auf die Abschlussveranstaltung vorzubereiten, bei der alle Finalisten ihr Projekt vor einer Jury aus Fachleuten für soziale Innovation präsentieren und verteidigen müssten. Im Jahr 2021 werde die Abschlussveranstaltung am 07.10.2021 in Lissabon, PTL, stattfinden. Einsendeschluss ist der 03.03.2021.

<https://institute.eib.org/social-innovation-tournament-2/>

### **Kommission; Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen von Nichtregierungsorganisationen zum Europäischen Green Deal**

Noch bis zum 31.03.2021 können sich Nichtregierungsorganisation (NRO) an der aktuellen Ausschreibung im Rahmen des LIFE-Programms der EU beteiligen. Der Europäische Green Deal sei die EU-Wachstumsstrategie, die darauf abziele, die EU in eine gerechte und wohlhabende Gesellschaft zu verwandeln, mit einer modernen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft, die niemanden zurücklasse, in der es im Jahr 2050 keine Nettoemissionen von Treibhausgasen gebe und in der das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt sei. Inmitten der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Wirtschaftskrise seien die Zivilgesellschaft als Ganzes und die NRO im Besonderen in ihrer Fähigkeit beeinträchtigt, Maßnahmen zu ergreifen und zu den tiefgreifenden Veränderungen beizutragen, die für einen erfolgreichen und gerechten Übergang in eine nachhaltige Zukunft erforderlich seien. Mit der aktuellen Ausschreibung soll die Fähigkeit von Nichtregierungsorganisationen gestärkt werden, die auf Ebene der Mitgliedstaaten tätig sind, um die Beteiligung der Zivilgesellschaft und ihren Beitrag zur Umsetzung des Europäischen Green Deal zu mobilisieren.

<https://ec.europa.eu/easme/en/section/life/life-2020-call-proposals-ngos-european-green-deal-ngo4gd>

## V e r a n s t a l t u n g e n

### **Hessens Livestream: Finale des Brüsseler Vorlesewettbewerbs in der Hessischen Landesvertretung**

Zu einem literarisch hochwertigen Vormittag in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU hatte die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich am 04.02.2021 eingeladen. Fünf Schülerinnen und Schüler der fünften und sechsten Jahrgangsstufen, die in den Wochen zuvor die Vorlesewettbewerbe der deutschen Sektionen der vier Europäischen Schulen (EEB I-IV) und der Internationalen Deutschen Schule Brüssel (iDSB) gewonnen hatten, traten zum diesjährigen Finale des deutschsprachigen Vorlesewettbewerbs Brüssel an. In seinem Grußwort beglückwünschte der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Mark Weinmeister, die Schulsiegerinnen und Schulsieger zu ihrem bereits erreichten Erfolg. Er freue sich, dass die Schulen den jährlichen Vorlesewettbewerb trotz der Corona-Einschränkungen durchführten und hoffe, dass er im nächsten Jahr wieder unter realen Bedingungen stattfinden könne. Der deutsche Botschafter beim Königreich Belgien, Martin Kotthaus, sendete ebenfalls eine Grußbotschaft an die Finalistinnen und Finalisten. Gerade in Zeiten von Corona

und den damit einhergehenden Reisebeschränkungen seien Bücher das beste Mittel, um weit über den Tellerrand hinauszuschauen und in ferne Welten einzutauchen. Das gedruckte Buch sei eine der größten Errungenschaften der Menschheit und behalte trotz Digitalisierung seinen besonderen Stellenwert. Um die fünfköpfige Jury von ihren Lesekünsten zu überzeugen, trugen die Schülerinnen und Schüler Jakob Behrndt, Peter Lázár-Linder, Nina Madeira, Benjamin Michel-Nothbaum und Christina Pösentrup zunächst Passagen aus selbstgewählten Werken der Kinder- und Jugendliteratur vor. In einer zweiten Runde mussten sich die Finalisten an einem Fremdtext beweisen. Am Ende wurde Nina Madeira von der Europäischen Schule II glückliche Siegerin des Vorlesewettbewerbs. Der Vorlesewettbewerb fand in Kooperation mit der Kulturabteilung der Deutschen Botschaft beim Königreich Belgien, dem Österreichischen Kulturforum Brüssel, dem Goethe Institut Brüssel sowie der Brüsseler Event-Buchhandlung Buchfink statt.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Europäischer Rat**

25./26.02.2021

### **Rat**

15.02.2021	Videokonferenz der Euro-Gruppe
16.02.2021	Informelle Videokonferenz Rat Wirtschaft und Finanzen
19.02.2021	Informelle Videokonferenz Rat Bildung, Kultur, Jugend und Sport
22.02.2021	Informelle Videokonferenz Rat Landwirtschaft und Fischerei Informelle Videokonferenz Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz Rat Auswärtige Angelegenheiten
23.02.2021	Informelle Videokonferenz Rat Europäische Angelegenheiten
25.02.2021	Informelle Videokonferenz Rat Binnenmarkt und Industrie
26.02.2021	Informelle Videokonferenz Rat Forschung

### **Europäische Kommission**

Sitzung der Kommission in Brüssel

17.02.2021	Gemeinsame Mitteilung über die Stärkung des Beitrags der EU zum regelbasierten Multilateralismus
------------	--

Überprüfung der Handelspolitik, einschließlich der WTO-Reforminitiative  
Aktionsplan zu Synergien zwischen Zivil-, Verteidigungs- und Raumfahrtindustrie  
Mitteilung über ein Programm zur Vorbereitung auf die Bioverteidigung

24.02.2021 Neue EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel  
Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformarbeitern

## **Europäisches Parlament**

Ggf. Sonderplenarstimmung zum Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und GBR am 23.02.2021

## **Ausschuss der Regionen**

16.02.2021 CIVEX-Fachkommissionssitzung  
Erweiterungspaket 2020 (Abstimmung)  
Neues Migrations- und Asylpaket (Abstimmung)  
Neue Strategie für eine verstärkte Anwendung der Grundrechtecharta in der EU (Meinungsaustausch)  
Konferenz zur Zukunft Europas: Aussichten für eine Stärkung des Europäischen Ausschusses der Regionen im institutionellen Gefüge (Thematische Debatte)  
Desinformation, Verschwörungstheorien und Proteste gegen COVID-19-Maßnahmen (Thematische Debatte)

17.02.2021 SEDEC-Fachkommissionssitzung  
Eine Union der Gleichheit: EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des Rassismus 2020-2025 (Abstimmung)  
Medien in der digitalen Dekade: Ein Aktionsplan (Abstimmung)  
Angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union (Abstimmung)  
Die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte aus lokaler und regionaler Perspektive (Orientierungsdebatte)  
Vollendung des europäischen Bildungsraums bis 2025 (Abstimmung)  
Ein Aktionsplan für die Sozialwirtschaft (Meinungsaustausch)  
Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025 (Meinungsaustausch)  
Zukunftsplan für Pflegekräfte und Betreuung – Lokale und regionale Chancen für eine europäische Herausforderung (Meinungsaustausch)

26.02.2021 COTER-Fachkommissionssitzung  
Die Zukunft der Regionalflughäfen – Herausforderungen und Chancen (Meinungsaustausch)  
Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität (Meinungsaustausch)

## Europäischer Gerichtshof

- 22.02.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-91/20 (Bundesrepublik Deutschland (Aufrechterhaltung der Familieneinheit)): Familienflüchtlingsschutz bei unterschiedlicher Staatsangehörigkeit in der Familie
- 23.02.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-800/19 (Mittelbayerischer Verlag): Gerichtliche Zuständigkeit für Klage wegen Persönlichkeitsrechtsverletzung im Internet
- 23.02.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in dem Eilvorabentscheidungsverfahren C-603/20 PPU (MCP): Gerichtliche Zuständigkeit bei Kindesentführung
- 23.02.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-124/20 (Bank Melli Iran): Verbot der Befolgung drittstaatlicher Sekundärsanktionen
- 24.02.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-940/19 (Les Chirugiens-Dentistes de France u. a.): Partieller Zugang zu Gesundheitsberufen in anderen Mitgliedstaaten
- 24.02.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-95/19 (Silcompa): Amtshilfe bei Verbrauchsteuern
- 25.02.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-129/20 (Caisse pour l'avenir des enfants (Beschäftigung bei Geburt)): Voraussetzungen für Elternurlaub in Luxemburg
- 25.02.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-857/19 (Slovak Telekom): Verbot der Doppelbestrafung wegen Missbrauchs markbeherrschender Stellung?
- 25.02.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-658/19 (Kommission / Spanien (Richtlinie über den Schutz personenbezogener Daten in Strafsachen)): Nichtmitteilung der nationalen Umsetzungsmaßnahmen
- 25.02.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-804/18 (WABE) und C-341/19 (MH Müller Handel): Neutralitätsgebot / Kopftuchverbot in Kita und Drogeriemarkt
- 25.02.2021 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-458/19 P (ClientEarth / Kommission): Zulassung des Weichmachers Bis(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP)
- 25.02.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-821/19 (Kommission / Ungarn): Strafbarkeit von Hilfeleistungen an Asylbewerber

## **Europäisches Gericht**

- 17.02.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-238/20 (Ryanair / Kommission): Staatliche Beihilfen im Zuge der Covid-19-Krise - Schweden
- 17.02.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-259/20 (Ryanair / Kommission): Staatliche Beihilfen im Zuge der Covid-19-Krise - Frankreich
- 24.02.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-628/20 (Ryanair / Kommission): Staatliche Beihilfen in der Covid-19-Krise: Spanischer Solvenzhilfefonds
- 25.02.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-643/20 (Ryanair / Kommission): Covid-19-Krise: Staatliche Beihilfen der Niederlande zugunsten von KLM
- 25.02.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-806/19 (Govern d'Andorra / EUIPO (Andorra)): Markenstreit um Andorra

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 26.02.2021.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA